



10.09.2002

Wahlprogramm

Mecklenburg-Vorpommern

CDU

*Ein neuer Wille
fürs Land*

Die Mecklenburger und Vorpommern lieben ihr Land. Und sie sind stolz auf das, was sie erreicht haben.

In zwölf Jahren deutscher Einheit, in zwölf Jahren Mecklenburg-Vorpommern haben wir dieses Land vorangebracht.

Mecklenburg-Vorpommern ist ein Land mit sechs attraktiven Hochschulen, zahlreichen Forschungseinrichtungen, hochproduktiven Werften, erfolgreichen klein- und mittelständischen Unternehmen sowie einer effektiven und leistungsfähigen Landwirtschaft. Ein selbstbewusstes Land.

1998 ist eine Landesregierung in die Verantwortung gekommen, die vieles besser machen wollte. Davon ist bis heute kaum etwas zu spüren. Deshalb ist jetzt Zeit für deutliche Worte und klare Konzepte.

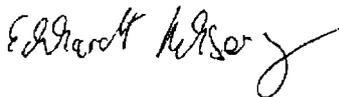
Die CDU will 2002 wieder Regierungsverantwortung in Mecklenburg-Vorpommern übernehmen.

Dieses Wahlprogramm ist ein Diskussionsangebot der CDU an alle Mecklenburger und Vorpommern zur Gestaltung der Zukunft unseres Landes.

Mit diesem Wahlprogramm wollen wir den Grundstein zu einem ***Bündnis für Mecklenburg-Vorpommern*** legen. Gemeinsam können wir das Land voranbringen. Dort, wo Menschen - ob beruflich oder ehrenamtlich - Verantwortung übernommen haben, entscheidet sich die Zukunft. Wir in der Politik wollen die Rahmenbedingungen so setzen, dass diese Menschen im Interesse der Zukunft des Landes ihre Verantwortung auch ausfüllen können.

Wir wollen handeln, wir wollen zusammen mit Ihnen - zum Wohle unseres Landes - eine willenslose Landesregierung ablösen.

Mit diesem Wahlprogramm wird die CDU Mecklenburg-Vorpommern konsequent ihre „**Zukunfts**offensive“ umsetzen.



Eckhardt Rehberg

Landesvorsitzender der CDU Mecklenburg-Vorpommern

OHNE JUGEND KEIN LAND

Die Mecklenburger und Vorpommern haben der Landesregierung im Jahr 2000 mit der höchsten Abwanderungsquote seit 1992 bereits die rote Karte für ihre schlechte Politik gezeigt. Die Differenz zwischen den Fortgezogenen und den Zugewanderten (Wanderungsverluste) hat sich von 1999 auf 2000 verdoppelt. Betrugen die Wanderungsverluste 1999 noch 4.498 Menschen, stieg die Zahl 2000 auf 9.478. Die Zahl der Fortziehenden war in den ersten vier Monaten des Jahres 2001 so hoch, dass für das gesamte Jahr 2001 wieder ein Anstieg der Gesamtzahlen zu erwarten ist.

Sie gingen nicht, weil es ihnen zu langweilig war.

Sie gingen nicht, weil ihnen ihre Heimat nichts mehr bedeutet.

Sie gingen, weil sie von denen, die 1998 versprochen, alles besser zu machen, bitter enttäuscht wurden.

Sie gingen, weil eine tatenlose Landesregierung ihnen die Zukunft verbaute, statt sie ihnen zu öffnen.

Viele von ihnen werden nicht mehr wiederkommen.

Vor allem junge, gut qualifizierte Arbeitskräfte verlassen das Land.

Darüber können wir uns nicht freuen.

Ohne Jugend kein Land

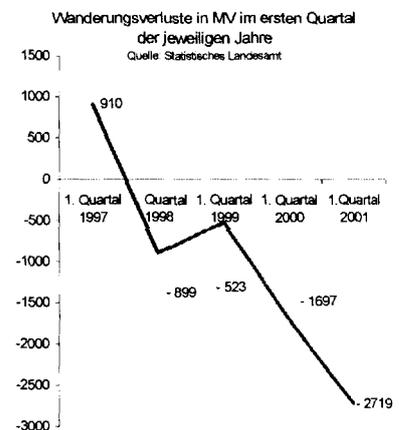
Die CDU hat in vier Jahren Opposition gelernt, sich auf die wesentlichen Probleme und Herausforderungen zu konzentrieren. Erst wenn wir diese gelöst und bewältigt haben, eröffnen sich Spielräume für andere Politikfelder. Von dieser Einsicht lassen wir uns leiten. Die CDU im Landtag ist eine aktive und lebendige Opposition, die mit realistischen Konzepten Kompetenzen zurückgewonnen hat.

Eine nachhaltige **Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik** bildet die Basis für alle Konzepte, die der Abwanderung Einhalt gebieten können.

Wir brauchen den Tatendrang der jungen und die Lebenserfahrung der älteren Menschen, um gemeinsam unser Land voranzubringen.

Wir wollen den Menschen wieder Mut zur **Verantwortung geben. Leistung muss sich wieder lohnen.** Persönliche

Junge Menschen verlassen das Land.



Wir brauchen den Tatendrang der jungen und die Lebenserfahrung der älteren Menschen, um gemeinsam unser Land voranzubringen.

Leistung wird sich wieder lohnen.

Leistungen sollen in Zukunft zum Gradmesser der öffentlichen Verwaltung, der Wirtschaft, der Dienstleistungen, der Schulen und der Hochschulen werden.

Nur mit Wettbewerb werden wir im Wettbewerb bestehen.

Nur wenn Mecklenburg-Vorpommern sich dem Wettbewerb stellt und in ihm besteht, werden wir den Schwachen ausreichende Hilfestellung geben können. Wir sind dann in der Lage, uns der Konkurrenz der Regionen zu stellen und in ihr zu bestehen.

In der **Bildungspolitik** hat sich erwiesen, dass die CDU mit ihrem **leistungsorientierten Bildungs- und Erziehungsansatz** der „Humanen Leistungsschule“ seit Jahren den richtigen Weg verfolgt.

Wir wissen, dass eine leistungsorientierte **Bildungspolitik** der Garant für die Nachhaltigkeit der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ist.

Hochschulpolitik ist für die CDU der Blick in die Zukunft. Hochschulautonomie ist für die CDU kein Modebegriff, sondern Leitbild einer modernen Hochschulpolitik. Globalhaushalte, die Befreiung der Hochschulen von staatlicher Gängelung, die Befreiung der Hochschulen vom staatlichen Dirigismus werden die Hochschulen des Landes zum Motor der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung machen. Diesen Weg werden wir konsequent und mutig weiter verfolgen. Insbesondere über die Hochschulen und Forschungseinrichtungen wird Mecklenburg-Vorpommern langfristig gut qualifizierte Arbeitskräfte an das Land binden können. Deshalb kommt ihnen eine besondere Bedeutung bei der Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns zu.

Die CDU führte ihre erfolgreiche Arbeit zur Stärkung der **Inneren Sicherheit** auch in der Opposition weiter. Die **Innere Sicherheit** im **Tourismusland Mecklenburg – Vorpommern** wird auch in Zukunft ein Schwerpunkt unserer Politik sein. Maßnahmen zur **Bekämpfung von Terrorismus, Extremismus und Gewalt** beschränken sich bei der CDU nicht auf Worthülsen und Betroffenheitserklärungen.

Die CDU ist nach wie vor die stärkste kommunalpolitische Partei in Mecklenburg-Vorpommern. Die Wähler haben damit das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Bürgermeister, Gemeindevertreter und Landräte unserer Partei eindrucksvoll unterstrichen.

In der Enquetekommission zur Gemeindestrukturreform ist die CDU die treibende Kraft.

Wir machen die Hochschulen zum Motor der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung.

Innere Sicherheit ist die unabdingbare Voraussetzung für einen attraktiven Tourismus.

Die CDU ist die stärkste kommunalpolitische Kraft in Mecklenburg-Vorpommern.

Wir nehmen die Abwanderung junger Menschen als politisches Problem wahr und betrachten dies als größte Herausforderung für die Politik in Mecklenburg-Vorpommern.

Die Abwanderung bedeutet die Ausblutung des Landes.

Fast jede Familie in Mecklenburg-Vorpommern ist inzwischen von der Abwanderung vor allem junger Menschen betroffen. Die Abwanderung ist für die Politik in diesem Land die wohl größte Herausforderung. Die CDU wird sich dieser Herausforderung stellen. Wir werden unsere Politik an dem Ziel ausrichten, die Abwanderung zu stoppen und Mecklenburg-Vorpommern wieder attraktiv zu machen.

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern löst mit diesem Programm den Aktionismus der amtierenden Landesregierung ab.

Die Interessenlosigkeit der Landesregierung gegenüber älteren Menschen wollen wir durch eine aktive Politik beenden. Dies erreichen wir nicht nur damit, dass wir das ehrenamtliche Engagement älterer Menschen besonders fördern. Ältere Menschen können sich mit ihren reichen Erfahrungen aktiv in die Gestaltung unseres Landes einbringen und hier sicher und zufrieden ihren Lebensabend verbringen.

Besonders junge Frauen und Mädchen wandern aus unserem Land ab. Daher werden wir uns für eine nachhaltige und umfassende Verbesserung der Lebenssituation von Frauen und Familien in unserem Land einsetzen. Nur wenn junge Frauen und Familien eine lebenswerte Perspektive in Mecklenburg-Vorpommern finden, werden wir eine zukunftsfähige Gesellschaft. Die CDU Mecklenburg-Vorpommern wird sich für die bundesweite Einführung eines Familiengeldes für die ersten drei Lebensjahre eines Kindes einsetzen.

Die CDU fühlt sich den Kirchen in Mecklenburg-Vorpommern besonders verbunden. Wir wollen daher die Staatsverträge zwischen dem Land und den beiden großen Kirchen mit neuem Leben erfüllen und der Zusammenarbeit neue Impulse geben. Nicht nur in der Bildungs-, Sozial- und Jugendarbeit leisten die Kirchen einen wichtigen Beitrag für die gesamte Gesellschaft. Auch ihr Engagement zum Erhalt vieler Kirchen in den Dörfern und Städten des Landes verdient die stärkere Unterstützung der Landesregierung.

Vor dem Hintergrund der Werteumbrüche im Zuge der Wende von 1989/90 kommt es darauf an, heutigen Generationen, die in einem freiheitlich-demokratischen System aufwachsen, die Auseinandersetzung mit dem Kapitel deutscher Geschichte zu ermöglichen, in dem unser Land durch Unfreiheit und staatlicher Bevormundung bestimmt



wurde. Dazu gehören auch die Hintergründe, Ursachen und Ergebnisse der freiheitlichen Bestrebungen in der DDR 1953, in Ungarn 1956, in der CSSR 1968 und in Polen 1956, 1970 und 1980.

Die CDU wird auch weiterhin dafür eintreten, dass auf der Grundlage geltenden Rechts bei Einstellungen in den öffentlichen Dienst des Landes Mecklenburg-Vorpommern eine Einzelfallprüfung hinsichtlich einer Tätigkeit für die Staatssicherheit der ehemaligen DDR vorgenommen wird.

**WIRTSCHAFT UND
ARBEITSMARKT**
*Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch
wirtschaftliche Entwicklung*

Mecklenburg-Vorpommern ist seit 10 Jahren auf dem Weg von einem Agrarland mit schwachen industriellen Kernen zu einem modernen Land in der Mitte Europas. Effektive Strukturen und unkonventionelle Wege tragen dazu bei, diese Entwicklung zu beschleunigen. Wir haben einen Platz als aufgeschlossene Informations-, Service-, Tourismusregion erobert. Bei uns ist viel Raum für neue Technologien und kreatives Engagement.

Ein dritter Beschäftigungssektor, losgelöst von der Wirtschaft, brachte einigen Menschen im Land zwar zeitweise eine Beschäftigung, aber keine Arbeit.

Die zahlreichen Beschäftigungsinitiativen lösten in der Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns keine Impulse aus.

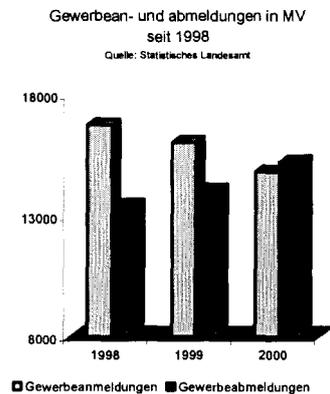
Eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik gibt der Wirtschaft Auftrieb.

Das Bruttoinlandsprodukt schrumpfte in Mecklenburg-Vorpommern im ersten Halbjahr 2001 auf **-2,1 %**. Dem Land fehlen im Vergleich zu Schleswig-Holstein 18.000 Unternehmen.

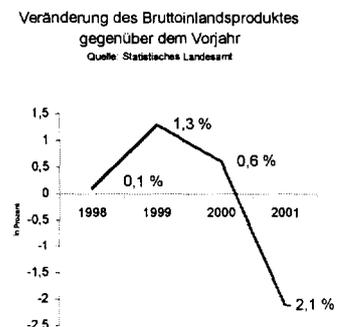
Der schlechten Zahlungsmoral - auch der öffentlichen Hand -, die viele Unternehmen gefährdet, wird eine CDU-geführte Landesregierung entgegenwirken. Sie gefährdet trotz vieler Ankündigungen und Gesetzesinitiativen nach wie vor Unternehmen in unserem Land.

Die Landesregierung verzichtete schon am Anfang ihrer Regierungszeit auf das wichtigste Infrastrukturvorhaben für die Zukunft des Landes: den **TRANSRAPID**. Mit dieser Entscheidung wurde der Investitionsstandort Mecklenburg-Vorpommern nachhaltig beschädigt. Wegen dieser Entscheidung gelang es nicht, weitere Großinvestitionen wie Airbus und BMW nach Mecklenburg-Vorpommern zu holen.

Den Planungsvorsprung für den Transrapid werden wir weiterhin als Argument gegenüber der Bundesregierung nutzen, um die Abkehr von der Strecke Hamburg - Berlin rückgängig zu machen.



**Die Wirtschaft in
Mecklenburg-Vorpommern
schrumpfte im ersten
Halbjahr 2001 auf - 2,1 %.**



Die CDU will den *Eurorapid* mit Haltepunkt in Mecklenburg-Vorpommern. Wir werden uns gegenüber jeder Bundesregierung dafür einsetzen, dass Mecklenburg-Vorpommern bei den Planungen für den *EURORAPID* eine zentrale Rolle spielen wird.

Zukunft für Mecklenburg-Vorpommern durch den Eurorapid

Im Rahmen des Ausbaus der Strecke Berlin – Hamburg als ICE-Trasse wird die CDU dafür Sorge tragen, dass diese Trasse nicht an Mecklenburg-Vorpommern vorbeiführt. Die zukunftsfeindliche Infrastrukturpolitik einer willenslosen Landesregierung wird die CDU Mecklenburg-Vorpommern durch ein Paket an wirtschaftspolitischen Maßnahmen ablösen. Dazu brauchen wir den Mut, das Engagement und den Zusammenhalt vieler Menschen in unserem Land.

Nur wer es will, wird es auch können.

Die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Mecklenburg-Vorpommern

***Den Förderdschungel lichten:
Ein neuer Wille zur
Straffung der Förderpolitik***

Bis zum Jahr 2010 muss Mecklenburg-Vorpommern den wirtschaftlichen Anschluss an die alten Bundesländer schaffen. Ab dem Jahr 2010 wird der Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern kippen: Die geburtenschwachen Jahrgänge der neunziger Jahre steigen dann in das Berufsleben ein, die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften wird das Angebot übersteigen. Die Attraktivität von Gewerbe- und Industrieansiedlungen wird aufgrund der Arbeitskräftesituation ab 2010 dramatisch nachlassen. Diese Tendenzen erfordern jetzt außergewöhnliche Maßnahmen in Wirtschaft und Verwaltung.

Förderrelevante Aufgabenbereiche des Landesförderinstitutes, die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung, das Technologieberatungsinstitut (TBI), die Innovationsagentur und wirtschaftsrelevante Aufgabenbereiche der Arbeitsmarktabteilung eines Arbeitsministeriums werden zum „**WIRTSCHAFTSFÖRDERZENTRUM NORD-OST – (WINO)**“ zusammengelegt. Kommunale Einrichtungen der Wirtschaftsförderung können sich in die gemeinsame Arbeit einbringen.

**Wir gründen das
Wirtschaftsförderzentrum
Nord-Ost (WINO) als
Ansprechpartner für alle
Investoren.**

**Sie sind in unserem Land
willkommen!**

Die Abwicklung staatlicher Fördermaßnahmen, die Investitionswerbung und das Standortmarketing werden zusammengeführt. Damit wird das Zentrum entscheidend zur Steigerung der Effizienz der Investitionsfördermaßnahmen des Landes beitragen.

Eine institutionelle Trennung und damit Abgrenzung stellt einen Standortnachteil dar, der aufgehoben werden muss. Kräfte müssen gebündelt werden. Bei der Schaffung der Strukturen der neuen Gesellschaft und bei ihrer Ausgestaltung

**Wir werden gestalten und
nicht den Mangel
verwalten!**

wollen wir Unternehmerverbände und Arbeitnehmerorganisationen gleichermaßen in die Verantwortung nehmen. Investitions- und standortrelevante Aufgabenbereiche des Wirtschaftsministeriums werden in das Wirtschaftsförderzentrum verlagert. Parallel und hierarchisch geordnete Entscheidungsprozesse werden zusammengeführt und Genehmigungszeiten verkürzt. Das Wirtschaftsförderzentrum wird als **Manager** für potenzielle Investoren und Existenzgründungen und für Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestitionen agieren. Der Unternehmensbestand muss gesichert werden. Die „**Task Force Bestandssicherung**“ berät die Unternehmen in den Fragen der Konsolidierung, der Garantien und sonstiger Finanzierungsfragen.

Das *internationale Engagement*, vor allem in Polen, im Baltikum, in Skandinavien und in unserer Partnerregion Mecklenburg County im Bundesstaat North Carolina (USA) wird durch das Zentrum verstärkt. In Charlotte, Mecklenburg County, eröffnen wir mit Hilfe unserer Partner ein Landesbüro des Wirtschaftsförderzentrums Nord-Ost. Die Beziehungen zwischen den Hochschulen in Mecklenburg County, den baltischen Nachbarländern und Mecklenburg-Vorpommern werden gezielt entwickelt und ausgebaut.

Die Informationsbüros des Landes bei der Europäischen Kommission in Brüssel und in Tallin (Estland) werden integraler Bestandteil des Wirtschaftsförderzentrums Nord-Ost.

Ebenso werden bestehende **Firmengemeinschaftsbüros** in anderen Ländern an das Zentrum gekoppelt und die Errichtung zusätzlicher Stellen an den Repräsentanzen der NORD LB vorgenommen. Ein international ausgerichtetes und mutiges Standortmarketing wird Mecklenburg-Vorpommern als einen modernen Standort für Zukunftsinvestitionen etablieren.

Die Osterweiterung der Europäischen Union begreift die CDU als Chance: Mecklenburg-Vorpommern rückt in das Zentrum des zweitgrößten Wirtschaftsraumes der Welt.

Die Nutzung dieser Chance ist Herausforderung und Aufgabe für das Wirtschaftsförderzentrum Nord-Ost. Bevor sich europäische Fördermechanismen zu Gunsten der Erweiterungsgebiete verändern, muss Mecklenburg-Vorpommern Investoren gewinnen, ein attraktives Standortmarketing entwickeln und Existenzgründungen branchenspezifisch fördern. Hierbei sind die Potenziale der Universitäten, Fachhochschulen, Technologiezentren und wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen zu nutzen und zu

Das internationale Engagement wird ausgedehnt, die Investorensuche verstärkt.

Wir gründen ein Landesbüro in Charlotte, Mecklenburg County, einer der sich am schnellsten entwickelnden und finanzstarken Regionen der USA.

entwickeln, deren internationale Kontakte auszubauen, bei Ausgründungen und Unternehmensansiedlungen als Standortfaktor einzusetzen.

Die CDU wird dafür eintreten, dass immaterielle Wirtschaftsgüter stärker gefördert werden. Die **Innovationsförderung** innerhalb des Zentrums hat die Aufgabe, Wirtschaft und Hochschulen zum Zwecke der Wirtschaftsförderung zusammenzuführen. Die Landesregierung nutzte dieses Instrument nicht. Das führte dazu, dass sich die Innovationsagentur zunehmend zu einer weiteren Einrichtung der Fördermittelverwaltung entwickelte.

Wir werden die Forschungs- und Technologieförderung im Wirtschaftsförderzentrum konzentrieren. So bündeln wir die Forschungsvorhaben der Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, bilden Partnerschaften zur Realisierung und Umsetzung von Forschungsprojekten, fördern die Ausgründungen aus Hochschulen und begleiten diese bis zur Marktablierung.

Standortmanager

Wenn die Investoren nicht zu uns kommen, werden wir zu ihnen gehen. Unser Prinzip ist: **Aktives** Werben statt **passiven** Abwartens.

Das **Wirtschaftsförderzentrum Nord-Ost** vereinigt die **Standortmanager** des Landes. Sie kennen die regionalen Besonderheiten sowie die Ansprechpartner im Land und sind Dienstleister für Investoren und Existenzgründer.

Ein Standortmanager **Tourismus** koordiniert und vernetzt tourismusrelevante Bereiche aller Ministerien der Landesregierung.

Die Aufgabe der Standortmanager ist, den Standort Mecklenburg-Vorpommern national und international zu vermarkten, potenzielle Investoren für das Land als Unternehmensstandort und Tourismusgebiet mit Zukunft zu begeistern. Die Standortmanager arbeiten erfolgsorientiert.

Infrastrukturausbau

Nur eine gute Infrastruktur vor Ort zieht Investoren an. Der Ausbau der Infrastruktur wird vorangetrieben. Die Realisierung bedeutsamer Infrastrukturvorhaben wird beschleunigt. Wir werden jede Bundesregierung auffordern, Infrastrukturvorhaben für Mecklenburg-Vorpommern

Standortmanager kennen die Regionen und begleiten Investoren.

Erfolg haben wir nur, wenn die Menschen unbeschwert zu uns kommen und wir unsere Produkte schnell zu ihnen transportieren können.

vorzuziehen, um dadurch Folge-Investitionen auszulösen. Wir werden vor allem im Tief- und Hochbau und im Straßenbau verstärkt alternative Finanzierungsmodelle zur Anwendung bringen. Das weiterhin niedrige Zinsniveau wollen wir nutzen, um die rasante Talfahrt der Bauwirtschaft zu stoppen. Mecklenburg-Vorpommern verzeichnet nach wie vor einen erheblichen Nachholbedarf im Infrastrukturbereich. Gleichzeitig befindet sich die Bauwirtschaft des Landes in ihrer strukturell größten Krise seit 1990. Diesen Widerspruch wird die CDU auflösen. Das wird durch eine Steigerung der Investitionsquote, durch ein stärkeres Engagement des Landes beim Ausbau der Innenstädte, durch optimierte Abschreibungsmodelle für Investitionen in denkmalgeschützten Bauten, durch ein Schulsanierungsprogramm sowie ein Eigenheimförderprogramm für junge Familien ermöglicht.

Gegenüber jeder Bundesregierung wird sich die CDU Mecklenburg-Vorpommern für eine Änderung des Vergabegesetzes einsetzen. Damit sollen die massiven Wettbewerbsnachteile für unsere Bauunternehmen durch das Baustellenprinzip beseitigt werden.

Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und die Städtebauförderung sind dabei ebenso wichtig wie die Entwicklung so genannter weicher Standortfaktoren. Mecklenburg-Vorpommern wird infrastrukturelle Anreize bieten, die Investitionsentscheidungen begünstigen. Ein attraktives kulturelles Angebot, eine gezielte Eigenheimförderung für junge Familien, eine flächendeckende Sicherstellung der Kinderbetreuung, moderne staatliche und freie Schulen und Hochschulen zählen heute zu wichtigen Parametern bei Investitionsentscheidungen.

Förderprogramme – Einfach und gut

Wirtschaftsförderung kann nur funktionieren, wenn die Standortpolitik funktioniert. Die Unüberschaubarkeit von Förderprogrammen muss überwunden werden. Für den potenziellen Investor bietet die künftige Förderpolitik eine übersichtliche Struktur und klar definierte Ansprechpartner. Die Flexibilität der neuen Förderprogramme wird potenziellen Investoren und Existenzgründern die Sicherheit geben, dass ihre Interessen berücksichtigt werden.

Wir werden vorrangig Unternehmen fördern, die für Mecklenburg-Vorpommern einen wirtschaftlichen Strukturwandel bewirken.

Dabei werden wir auch Vorhaben berücksichtigen, die in anderen Ländern bisher keine oder kaum Beachtung gefunden haben.

***Strukturwandel für
Mecklenburg-Vorpommern:***

***Zukunftstechnologien
ausbauen***

***Gesundheit und Tourismus
fördern***

Förderung des Mittelstandes und des Handwerks

Rückgrat unserer Wirtschaft ist der Mittelstand. Die bisherige wirtschaftliche Entwicklung des Landes verdanken wir vor allem den mittelständischen, insbesondere den handwerklichen Unternehmen. Der Mittelstand und das Handwerk werden auch künftig eine zentrale Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes spielen. Bestehende Unternehmen müssen in ihrem Bestand gesichert werden. Unsere neue offensive Ansiedlungspolitik zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur im industriellen Bereich sowie im Bereich der Zukunftstechnologien hat für diese Unternehmen eine existenzsichernde Bedeutung.

Gerade mittelständische Unternehmen und kleine Handwerksbetriebe werden durch die Gesetzgebung in Bund und Land belastet. Mit der „Wirtschaftsverträglichkeitsprüfung“ von Gesetzen im Rahmen der Funktionalreform werden wir die Behinderungen für diese Unternehmen beseitigen.

Ausbau der touristischen Infrastruktur

Mecklenburg-Vorpommern entwickelt sich zu einem der beliebtesten Urlaubsziele der Deutschen. Der Anteil der ausländischen Touristen steigt. Trotzdem waren $\frac{2}{3}$ aller Deutschen noch nicht in Mecklenburg-Vorpommern. Diese Potenziale wollen wir erschließen. Es gibt zudem immer noch saisonale Unterschiede. In der Hauptsaison und an ausgewählten Feiertagen können die Urlaubsziele in Mecklenburg-Vorpommern eine nahezu optimale Bettenauslastung verzeichnen.

Mecklenburg-Vorpommern entwickelt sich zum beliebtesten Urlaubsziel der Deutschen.

Wir werden intensiv in Deutschland und im Ausland um Touristen werben. Das Ziel unserer Tourismuspolitik ist eine ganzjährige Auslastung unserer Kapazitäten. Die touristische Infrastruktur werden wir so ausbauen, dass Mecklenburg-Vorpommern ein Anziehungsort ist und bleibt. Schwerpunkte der Tourismuspolitik der CDU liegen im Familien-, Gesundheits- und Aktivtourismus und im maritimen Tourismus des Naturparadieses Mecklenburg-Vorpommern. Besondere Beachtung wird auch die Entwicklung des Jugendtourismus finden. Die Gäste sind anspruchsvoller geworden, und in der Konkurrenz der Regionen gewinnt die Dienstleistungsbereitschaft und die Qualität der Dienstleistungen zunehmend an Bedeutung. Um optimale Beschäftigungseffekte zu erzielen, soll schon während der Berufsausbildung sowie in der Fort- und Weiterbildung des Personals auf den ausgesprochenen Dienstleistungscharakter des Tourismus orientiert werden.

Die CDU in Mecklenburg-Vorpommern wird die Tourismusbranche gezielter bei der überregionalen Vermarktung unterstützen.

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern setzt sich für eine Novellierung des Ladenschlussgesetzes ein, in der einvernehmliche Regelungen - besonders für den Sonntag - zwischen Gewerkschaften, Kirchen und Politik getroffen werden müssen.

Aktivieren statt frustrieren

Für die Arbeitsmarktförderung wurden im Jahr 2000 in Mecklenburg-Vorpommern 1,189 Milliarden Euro eingesetzt. Trotz des Einsatzes hoher Beträge hat die Förderung des zweiten und des dritten Beschäftigungssektors keine Wertschöpfung zur Folge.

Arbeitsmarktpolitik funktioniert nicht losgelöst von der Wirtschaftspolitik.

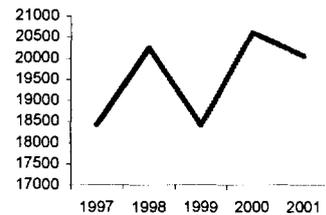
Die CDU wird daher die Arbeitsmarktpolitik konsequent auf den ersten Arbeitsmarkt ausrichten. Der zweite Beschäftigungssektor, die klassischen „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“, bleibt vor allem älteren Arbeitnehmern vorbehalten, die aufgrund ihres Alters nur einen erschwerten Zugang zum ersten Arbeitsmarkt haben. Zusätzlich wird die CDU den Einsatz innovativer Ansätze fördern, um diese Zugangshemmnisse abzubauen.

Zugang zum ersten Arbeitsmarkt öffnen

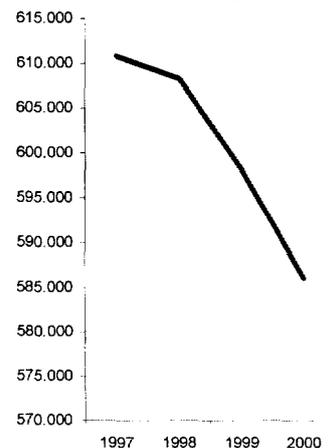
Die Arbeitsmarktpolitik der CDU wird sich wieder auf die Förderung des Zuganges zum ersten Arbeitsmarkt konzentrieren. Die Arbeitsmarktförderung des Bundes und der Europäischen Union werden wir zielgruppenorientiert ausgestalten.

Wir wollen durch arbeitsmarkt- und betriebsnahe Qualifizierungsmaßnahmen Jugendliche, Sozialhilfeempfänger und Langzeitarbeitslose wieder fit für den ersten Arbeitsmarkt machen. Die CDU wird an dem Ziel festhalten, der betriebsnahen Qualifizierung den Vorrang einzuräumen. Bei allen Maßnahmen gilt es, die Ursachen der strukturellen Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Das heißt, die arbeitssuchenden Menschen werden für Tätigkeiten qualifiziert, die nicht ihren bisherigen Arbeitserfahrungen, sondern dem wirtschaftlichen Bedarf entsprechen.

Jüngere Arbeitslose in Mecklenburg-Vorpommern unter 25 Jahren
Quelle: Landesarbeitsamt Nord



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Mecklenburg-Vorpommern
Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

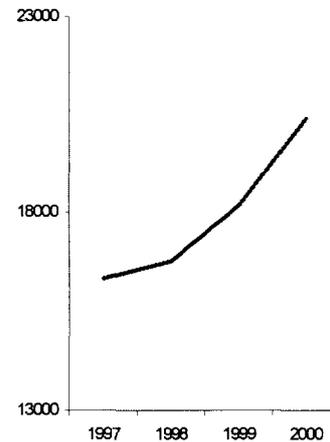


Flexibilisierung des Niedriglohsektors

Zur Förderung des Einstiegs von Jugendlichen, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern wird die CDU die Erfahrungen aus Modellprojekten anderer Bundesländer berücksichtigen. Flexible Modelle zur Unterstützung sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer müssen zu mehr sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen führen. Modellversuche anderer Bundesländer haben gezeigt, dass nicht eine Maßnahme allein die erhofften Beschäftigungseffekte hervorruft. Nur wenn Politik, Arbeitnehmerorganisationen und Unternehmen sich mit vereinten Kräften für die Schaffung neuer Arbeitsplätze einsetzen, hat auch die Arbeitsmarktpolitik eine Chance, Menschen aus der Arbeitslosigkeit zurück ins Erwerbsleben zu holen. Unser Ziel ist dabei, mit Hilfe von Mitteln des Landes betriebsnah qualifizierte Arbeitnehmer in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu bringen.

Mit der Doppelstrategie aus Qualifizierung und flexiblen, regional organisierten Unterstützungssystemen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber werden die Unternehmen und die Arbeitslosen gleichermaßen gefördert: Die Arbeitsmarktpolitik der künftigen Landesregierung soll die Arbeitslosen motivieren.

Fortzüge von Jugendlichen im Alter von 15 bis 25 Jahren
Quelle: Statistisches Landesamt



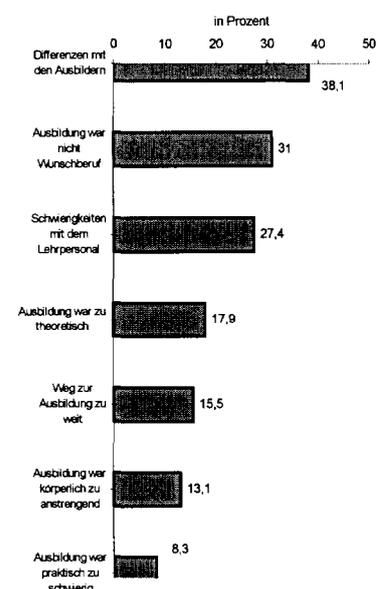
Förderung Jugendlicher

Das Jugendsofortprogramm der Bundesregierung war ein Strohfeuer der Arbeitsmarktpolitik für Jugendliche. Weder „Jugend baut“ noch die Sofortprogramme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit der Landesregierung konnten seit 1998 die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen in größerem Umfang senken. Zudem zeugt die seit 1999 verstärkte Abwanderung junger und gut qualifizierter Menschen von der Wirkungslosigkeit des Aktionismus von Bundes- und Landesregierung.

Den Problemen junger Menschen werden wir mehr Beachtung schenken. Wir wollen Jugendliche motivieren, ihre Lebensabschnitte bewusst und erfolgreich zu meistern. Die Grundlagen dafür müssen schon in der Schule gelegt werden, so dass künftig eine arbeitsmarktpolitische Förderung Jugendlicher die Ausnahme bleibt.

Zugleich müssen wir allen Jugendlichen vermitteln, dass unser Land unabhängig von ihrer derzeitigen persönlichen Situation ihr Engagement braucht. Der öffentliche Dienst sollte unbedingt einen Einstellungskorridor für besonders qualifizierte junge Leute frei halten. Dabei ist auch von dem Instrument der Verbeamtung Gebrauch zu machen. Nur so

Gründe für den Abbruch der Ausbildung
Berufsbildungsbericht 1999



können besonders qualifizierte Jugendliche, die hier ausgebildet wurden, im Land gehalten und motiviert werden sowie für die Zukunft Führungskräfte aus dem eigenen Nachwuchs gesichert werden.

Rückholinitiativen haben nur geringe Chancen, junge Menschen tatsächlich zur Rückkehr zu bewegen. Vergleiche mit Irland, Portugal und anderen ehemals europäischen Schwellenländern halten einer realistischen Betrachtung nicht stand, da diese Länder ihren Abwanderungsverlusten mit nationalstaatlichen Maßnahmen begegneten. Dies ist in Deutschland nicht zu erwarten.

Abschluss einer Schul- und Berufsausbildung

In einer Qualifizierungsoffensive werden wir Jugendlichen helfen, die über keinen Schulabschluss verfügen und keine Berufsausbildung absolviert bzw. eine Ausbildung abgebrochen haben. Die Jugendlichen werden zu den Qualifizierungsmaßnahmen verpflichtet. Bei Ablehnung von Qualifizierungsmaßnahmen werden den Jugendlichen Leistungen der sozialen Sicherungssysteme gekürzt und sie werden zu gemeinnützigen Arbeiten in den Kommunen verpflichtet.

Der beste Garant für den Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt ist eine solide Schul- und Berufsausbildung. Der Abbruch einer Berufsausbildung stellt ein Problem für die Vermittlung auf dem ersten Arbeitsmarkt dar. Mit einer verstärkten Berufsfrühorientierung schon während der Schulzeit wollen wir Fehlorientierungen vorbeugen.

Unterstützung älterer Arbeitnehmer

Arbeitnehmer ab 50 Jahren sind im besonderen Maße von der Arbeitslosigkeit betroffen. Einmal durch Entlassungen aus der Bahn geworfen, finden diese Arbeitnehmer sehr schwer in den ersten Arbeitsmarkt zurück. Ältere Arbeitnehmer sind oft besonders motiviert und leistungsorientiert. Die Beschäftigungspolitik der Unternehmen und des Landes sollte sich künftig mehr auf die Formel konzentrieren:

Kompetenz ist keine Frage des Alters !

Älteren Arbeitnehmern steht die gesamte Breite der Fördermaßnahmen offen, um sie schnell wieder in den Arbeitsprozess zurückzubringen. Erfolgreiche und erprobte innovative Methoden der Vermittlungsunterstützung (geförderte Arbeitnehmerüberlassung) werden fortgeführt.

Geförderte Arbeitnehmerüberlassung:

- Lohnkostenzuschuss
- Arbeitsplatzbezogene Qualifizierung

Die Erfahrungen älterer Arbeitnehmer, die vorzeitig aus dem Arbeitsprozess ausscheiden mussten, wollen wir der Gesellschaft nutzbar machen. Ein Programm zur Förderung des Ehrenamtes „50 + x“ soll ältere Arbeitnehmer aktivieren, ihre Erfahrungen und Kenntnisse in Vereinen und Initiativen an andere weiterzugeben.

***Konsequente Bekämpfung von Schwarzarbeit,
von illegaler Beschäftigung und
Leistungsmissbrauch***

Alle Bemühungen in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik laufen ins Leere, wenn die Schwarzarbeit nicht eingedämmt wird. Die CDU wird verstärkt den Missbrauch der Sozialsysteme durch Kontrolle der Leistungsbeziehungen eindämmen. Einzelne Maßnahmen allein werden dieser Form der Wirtschaftskriminalität nicht begegnen können. Vor allem bundespolitisch müssen grundlegende Entscheidungen getroffen werden, wie z.B.

- die Reform der Sozialversicherungssysteme
- Senkung der Lohnnebenkosten,
- eine Steuer(senkungs)reform.

Dafür werden wir uns stark machen.

**VERWALTUNGS- UND
FUNKTIONALREFORM IN DER
LANDESVERWALTUNG**
Zukunft durch Effizienz

Ziel der CDU ist es, die Zahl der Ministerien zu reduzieren. Zusammengehörende Bereiche werden - einschließlich der nachgeordneten Behörden und Dienststellen - zusammengefasst.

Die Landesregierung hat es bis heute nicht geschafft, die Landesverwaltung einer grundlegenden Funktions- und Aufgabenkritik zu unterziehen. Die Reformierung der Landesverwaltung beschränkte sich bisher ideenlos auf Stellenbesetzungssperren und die Ausbringung von kw-Vermerken („künftig wegfallend“). Der mutlosen Landesregierung ging es dabei nicht um eine Effizienzsteigerung der Verwaltung, sondern um eine reine Ersparnis von Personalkosten.

Zudem lehnt die CDU es ab, dass eine Landesregierung Stelleneinsparungen überwiegend durch den Abbau von Lehrerstellen vornimmt.

Dieser Ansatz ist falsch.

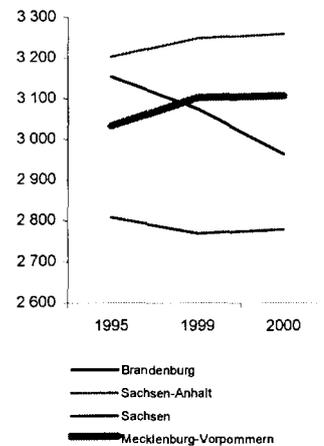
Die Personalpolitik des Landes muss sich an den strukturellen Erfordernissen der jeweiligen Politikbereiche ausrichten.

Nur in einer gemeinsamen Kraftanstrengung der Politik, der Verwaltung selbst und der Arbeitnehmervertretungen ist eine Verwaltungsreform möglich.

Die **generelle Aufgabenkritik** innerhalb der gesamten Landesverwaltung wird bestehende Missstände aufzeigen. Die fehlende Transparenz von Genehmigungsentscheidungen, die Vielzahl von Genehmigungsvorbehalten und Entscheidungsebenen zögern die Realisierung von Investitionsvorhaben oftmals unerträglich lange hinaus und schrecken so potenzielle Investoren ab. Überflüssige Genehmigungsvorbehalte werden gänzlich abgeschafft. Soweit sich Genehmigungsvorbehalte auch bei einer kritischen Prüfung als erforderlich erweisen, ist die Entscheidungskompetenz auf die Verwaltung zu übertragen, die vor Ort die Entscheidung bürgernäher und schneller treffen kann.

Die Aufgabenkritik ist verbunden mit einer gründlichen Überprüfung aller Gesetze und Verordnungen auf ihre

Personalausgaben je Einwohner der Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände
Quelle: Statistisches Landesamt Niedersachsen



Vereinigung der Unternehmensverbände, Halbzeitbilanz 2000:

„Die Landesregierung und das Parlament setzen nun in der Mitte der Regierungszeit trotz mancher in Reden anders benannter Ziele durch Gesetze Fakten und politische Zeichen, die eindeutig gegen die Wirtschaft gerichtet sind und bestimmte Klientel bedienen.“

Praktikabilität und Anwendbarkeit in der Praxis. Neue Gesetze, Verordnungen, Verwaltungsvorschriften und Erlasse werden einer „Wirtschaftsverträglichkeitsprüfung“ sowie einer Kosten-Nutzen-Analyse zwischen bürokratischem Aufwand einerseits und Erreichbarkeit der Ziele andererseits unterzogen. Das Bildungsfreistellungsgesetz hätte eine solche Prüfung nicht bestanden. Bei einer Aufgabenwahrnehmung durch die Kommunen sind deren Kosten und Aufwendungen im Rahmen des – von der CDU maßgeblich initiierten – Konnexitätsprinzips in der Landesverfassung in Zusammenarbeit mit den kommunalen Landesverbänden besonders zu berechnen und auszugleichen. Auch bereits geltendes Landesrecht ist unter diesen Prämissen zu überprüfen.

Im Zentrum der Deregulierungsbemühungen stehen das Baurecht, Planungsrecht, Förderrecht und Denkmalschutzgesetz, das Gewerberecht, das Umweltrecht, das Wasserrecht (vor allem Abwasser), das Abfallrecht.

Unser Ziel: Mecklenburg-Vorpommern bekommt die im Vergleich zu anderen Bundesländern effizienteste Verwaltung.

Die Gesetze werden dahingehend überprüft, ob Experimentierklauseln Verwaltungsvereinfachungen bewirken können; zudem werden neue Gesetze in ihrer Wirkung generell zeitlich begrenzt.

Eine Straffung von Verwaltungsvorgängen und deren Verlagerung zu den Verwaltungen vor Ort soll den Menschen im Land Vertrauen zurückgeben.

Wir wollen durch Leistungsanreize die Motivation der Mitarbeiter der Landesverwaltung erhöhen. Wir werden für die Landesverwaltung eine Personalentwicklungskonzeption vorlegen und verwaltungsinterne Verfahren und Abläufe vereinfachen.

Bei der Modernisierung unserer Verwaltung wird die Bürgernähe mehr denn je im Mittelpunkt stehen.

In der Konsequenz wird die Landesverwaltung als Dienstleister für die Bürger wie für Investoren und Existenzgründer gleichermaßen eine neue Daseinsberechtigung bekommen.

**Weg vom Verwalten, hin
zum Gestalten.**

**Weg vom Reglementieren
hin zum Unterstützen.**

HOCHSCHULEN UND FORSCHUNGSEINRICHTUNGEN

Motoren für Wirtschaft und Gesellschaft

Vertrauen statt Misstrauen

Das Vertrauensverhältnis zwischen der Landesregierung und den Hochschulen ist erschüttert. Sowohl das neue Landeshochschulgesetz als auch die Haushaltsvorgaben haben zwischen Staat und Hochschulen Misstrauen und Unmut gesät.

Das wird der Bedeutung der Hochschulen für die Entwicklung von Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft nicht gerecht. Nach dem Ausbleiben von Großinvestitionen sind die Hochschulen ein maßgeblicher Entwicklungsfaktor für Mecklenburg-Vorpommern und ein wertvoller Beitrag zum wirtschaftlichen Strukturwandel des Landes.

Die CDU wird das Vertrauen zwischen Staat und Hochschulen wiederherstellen und den Hochschulen tatsächliche Freiräume eröffnen. Dabei legen wir Wert auf ein gleichberechtigtes Miteinander von Staat und Hochschulen. Zwei Universitäten, drei Fachhochschulen sowie eine Hochschule für Musik und Theater stellen für ein Flächenland eine hervorragende Infrastruktur dar. Sie wird wirksam durch profilierte außeruniversitäre Forschungseinrichtungen ergänzt. Die Potenziale dieser Einrichtungen sind bisher nicht voll zur Geltung gekommen. Die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen müssen national und international wettbewerbsfähiger werden.

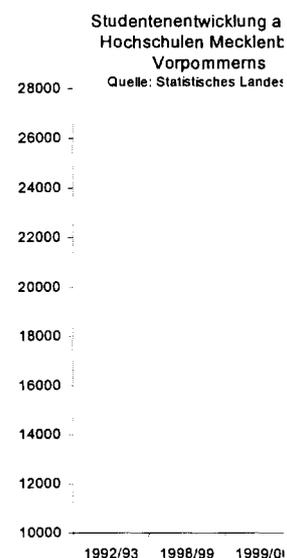
An den Fachhochschulen wurden mit den Modellversuchen zur Flexibilisierung der Hochschulhaushalte erste Erfolge zur Effizienzsteigerung erzielt. Eine mutlose Landesregierung war und ist nicht willens, den Hochschulen mehr Verantwortung zu übertragen. Stattdessen flossen die Effizienzgewinne in den Landeshaushalt zurück und konnten nicht für strukturelle und inhaltliche Reformen der Fachhochschulen genutzt werden.

Attraktivität durch Qualität

Das Land und die Hochschulen müssen eine Antwort **auf die demografische Entwicklung** finden. Die Abwanderung vieler junger Menschen stellt auch die Hochschulen vor neue Herausforderungen, die sie schon heute sehr gut meistern. Das Ausbleiben eines Abiturjahrganges hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf die Zahl der Neuimmatrikulationen zum

Harvard wurde nicht dadurch die beste Universität der Welt, dass ein Kultusminister mit Rahmenrichtlinien experimentierte, sondern weil sich Einzelinitiativen als tragfähig erwiesen.

*Prof. Paul Michael Lützeler
Washington University
St. Louis USA*



Wintersemester 2001/02.

Wir wollen, dass sich die Hochschulen über das Angebot attraktiver Studiengänge und außergewöhnlicher Forschungsprojekte national und international zum Anziehungspunkt von Wissenschaftlern und Studenten entwickeln. An unseren Hochschulen sollen nicht nur Landeskinder studieren. Die Hochschulen Mecklenburg-Vorpommerns sind offen für Studierende aus allen Bundesländern und aus dem Ausland. Durch die Sicherung des günstigen Betreuungsschlüssels zwischen Studenten und Professoren werden wir dazu beitragen, die Leistungseliten im Land zu halten. Wir werden die Studierquote der Abiturienten des Landes erhöhen.

Die günstigen Studienzeiten und Betreuungsverhältnisse zwischen Studenten und Professoren an unseren Hochschulen ziehen Studenten an, die karriereorientiert studieren. Die CDU wird solche Maßnahmen weiterentwickeln, die eine Einhaltung der Regelstudienzeit durch die Studenten gewährleisten. Karriereorientierte Studenten und Absolventen sind erfahrungsgemäß eher bereit, sich unternehmerisch zu betätigen. Durch unsere zukunftsorientierte Wirtschafts- und Forschungspolitik werden wir ihnen ermöglichen, dies in Mecklenburg-Vorpommern zu tun.

Autonomie statt staatlicher Gängelung

Die CDU wird den Hochschulen mehr Autonomie einräumen. Damit versetzen wir diese in die Lage, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen gerecht zu werden sowie ihre Attraktivität nach innen und außen zu stärken.

Wir werden dies über folgende Schritte erreichen:

1. Verabschiedung eines neuen Landeshochschulgesetzes unter Ausschöpfung aller rechtlichen Freiräume;
2. Budget-Autonomie der Hochschulen;
3. Flexibilisierung der Stellenpläne;
4. Stärkung der Leitungsstrukturen der Hochschulen;
5. Leistungsabhängige Mittelvergabe auf der Grundlage innerer und äußerer Evaluation der Forschung und Lehre.

Vortreffliche Vielfalt statt vielfältiger Einfalt

Die begrenzten Finanzmittel des Landes sind zugleich eine Herausforderung für die Hochschulen. Dabei gilt es, die vorhandenen Mittel so einzusetzen, dass attraktive Studiengänge und Forschungsprojekte optimal gefördert werden können. Den Hochschulen werden wir bei der

Entwicklung zukunftsweisender Studiengänge ein Höchstmaß an Flexibilität einräumen.

Autonomie bedeutet auch mehr Verantwortung. Deshalb gilt es, Entscheidungsstrukturen an den Hochschulen so zu organisieren, dass persönliche Verantwortlichkeiten kollektive Verantwortungslosigkeit unmöglich macht.

In enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft wird die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen vorangetrieben. Diese Studiengänge können aber nur Erfolg haben, wenn ihre Akzeptanz auch in der Wirtschaft und der Verwaltung wächst.

Die CDU wird ein Leitbild der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Entwicklung des Landes vorlegen. Bei der Entwicklung dieses Leitbildes werden wir die wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen berücksichtigen.

Im Rahmen der Hochschulentwicklung des Landes werden die jährlichen auskömmlichen Dynamisierungsraten der Hochschulhaushalte festgelegt und in der Mittelfristigen Finanzplanung verankert.

Ziel der Hochschulpolitik der CDU ist, die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Hochschulen weiter auszubauen. Das ist eine unabdingbare Voraussetzung zum Erhalt dieser Einrichtungen und für die Zukunft des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Industrieansiedlungen und Firmenneugründungen benötigen eine Forschungsinfrastruktur. Nur durch intensive Förderung der technologieorientierten Forschung kann die einseitige Ausrichtung des Landes auf maritime Wirtschaft, Tourismus und Landwirtschaft überwunden werden. Mecklenburg-Vorpommern muss weiter industrielle Kerne entwickeln. Grundlage hierfür ist eine attraktive Forschungsinfrastruktur.

BILDUNG UND ERZIEHUNG

*Garanten für die Nachhaltigkeit
gesellschaftlicher und wirtschaftlicher
Entwicklung*

Die Bildungspolitik stellt eine der zentralen Herausforderungen für die Zukunft des Landes dar.

Sie zählt zu den wichtigsten Standortfaktoren unseres Landes.

Im föderalen System Deutschlands ist die Bildungspolitik in der Zwischenzeit das Politikfeld, in dem die Länder nahezu unbegrenzte Regelungsbefugnisse besitzen. Wir werden eine Bildungspolitik auf den Weg bringen, die unabhängig von Legislaturperioden ihre Wirkung entfalten kann.

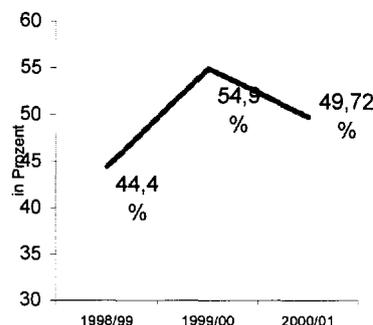
In der Bildungspolitik zeigt sich am deutlichsten die Unentschlossenheit und Inkonsequenz einer Landesregierung, die nahezu konzeptlos in ihre Regierungsverantwortung hineinstolperte. Hier besteht daher besonderer Handlungsbedarf.

Eine kaum verständliche Diskussion um die Orientierungsstufe und die nicht enden wollende Debatte um die Regionale Schule führten zu einer nie da gewesenen Verunsicherung von Lehrern, Eltern und Schülern.

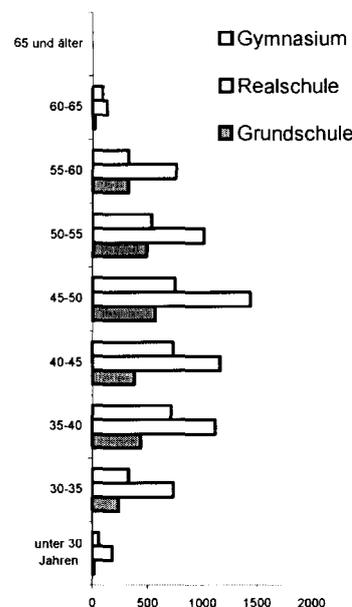
Internationale Bildungsstudien stellten einmal mehr die Herausforderungen für die Bildungspolitik in den Mittelpunkt der Bildungsdiskussion. Innerhalb Deutschlands wird deutlich, dass strukturelle Kontinuität der Bildungslandschaft die größten Spielräume für eine inhaltliche und qualitative Fortentwicklung der Schule liefert. In dieser Frage versagte die Landesregierung mit ihrer vornehmlich strukturell geführten Debatte um die Regionale Schule.

Die CDU wird ihren bildungspolitischen Ansatz der „Humanen Leistungsschule“ konsequent weiter verfolgen. Die Humane Leistungsschule gewährleistet, dass jeder Schüler entsprechend der ihm eigenen Begabung eine angemessene Förderung erhält. Das schließt ein, dass unser Weg, begleitet von neuen erziehungswissenschaftlichen Erkenntnissen und Bildungsstudien, fortlaufend modifiziert wird.

Realschulabschlussprüfung
Mathematik Note 4 und schlechter
Quelle: Bildungsministerium M-V



Altersstruktur der Lehrer an
allgemein bildenden Schulen in
MV 2000/01
Quelle: Bildungsministerium M-V 2001



Ablösung des Lehrpersonalkonzeptes durch ein Personalentwicklungsprogramm

Schon heute zeichnet sich trotz des Schülerrückganges ein Fachlehrermangel ab. Wir wollen daher das arbeitsplatzvernichtende und qualitätsfeindliche Lehrpersonalkonzept durch ein Personalentwicklungsprogramm ablösen.

Die Einführung von Ganztagschulen wird ebenso wie die Sicherstellung der Unterrichtsversorgung die Qualität im Bildungssystem verbessern.

Durch Fortbildung in der schulfreien Zeit wollen wir den Lehrkräften die Möglichkeit zur ständigen Qualifikation geben. Dabei setzen wir auch auf die Verbesserung des Austausches von Schule und Wirtschaft.

Durch eine Imagekampagne werden wir dazu beitragen, das Berufsbild des Lehrers aufzuwerten, damit mehr junge Mecklenburger und Vorpommern Lehrer werden wollen.

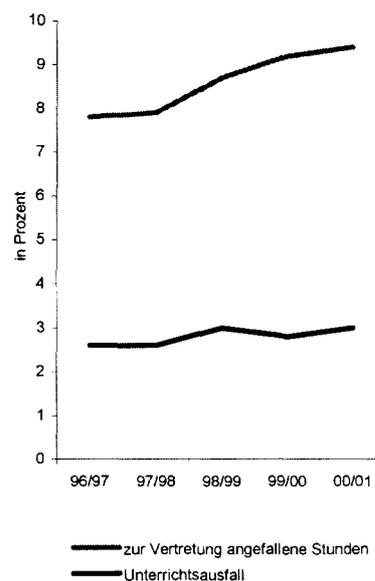
Unterrichtsgarantie für alle Schüler

Die CDU wird die Voraussetzungen dafür schaffen, die Unterrichtsversorgung für alle Schüler im Land sicherzustellen. Das bedeutet aber auch, den versteckten Unterrichtsausfall zu begrenzen. Stillbeschäftigten und Klassenzusammenlegungen sind ebenso als Ausfall zu betrachten. Künftige Landeshaushalte werden daher eine rechnerische Unterrichtsversorgung von mindestens 104 % enthalten. Die sich ergebende Stellenreserve stellt sicher, dass die Unterrichtsversorgung auch tatsächlich gewährleistet werden kann. Die Schüler haben ein Recht auf Unterricht.

Einführung eines freiwilligen Vorschuljahres

Im Jahr vor der Einschulung erhält jedes Kind einen Anspruch auf die Wahrnehmung einer vorschulischen Ausbildung in einem Kindergarten. Das zusätzliche pädagogische Angebot im Kindergarten geht nicht zu Lasten der Eltern und Träger von Kindertageseinrichtungen. Im Rahmen der vorschulischen Bildung werden die Kinder auf die Anforderungen der Schule vorbereitet. Die Vorschule gliedert sich in ein **System des Nachteilsausgleichs** ein, das zunehmende soziokulturelle Unterschiede ausgleichen soll. Das wird vor allem dann erreicht, wenn die Kinder mit nahezu gleichen Ausgangsvoraussetzungen ihre Schullaufbahn starten.

Unterrichtsversorgung in
M-V
Quelle: Bildungsministerium M-V 2001



Flächendeckende Einführung von Ganztagsschulen

Schon 1999 forderte die CDU in den Haushaltsberatungen für den Landeshaushalt die flächendeckende Einführung von Ganztagsschulen im ländlichen Raum.

Ganztagsschulen sind nicht nur eine bildungspolitische Notwendigkeit. Die demografische Entwicklung macht Schulschließungen unabwendbar. Ganztagsschulen stellen ein Angebot für Schüler und Eltern dar, damit Leistungsstarke und Leistungsschwache optimal gefördert werden können. Das Land Mecklenburg-Vorpommern wird die Mittel für die Einrichtung der Ganztagsschulen aufbringen und die Schulträger bei deren Einrichtung unterstützen.

Stärkung des Erziehungsauftrages von Schule

Mit einem Entwurf für die Novelle des Schulgesetzes von Mecklenburg-Vorpommern (Juni 2001) schlug die CDU die Einführung der Bewertung des Arbeits- und Sozialverhaltens vor.

Die Bewertung des Arbeits- und Sozialverhaltens wird in Form von Noten im jeweiligen Schuljahresabschlusszeugnis erscheinen und durch eine schriftliche Bewertung ergänzt.

Ja zu Kopfnoten!

Stärkung der Beratungssysteme für Eltern, Schüler und Lehrer

Die CDU wird ein Fachberatungssystem für die Schulen aufbauen, das die Qualifizierung des Fachunterrichts zum Ziel hat. Die fachliche und pädagogisch-psychologische Beratung von Eltern, Schülern und Lehrern wird die Qualität der Arbeit der Lehrer verbessern und ihre Motivation für den Unterricht und die außerschulische Betreuung der Schüler und Eltern erhöhen.

Der schulpsychologische Dienst wird gestärkt. Die CDU wird prüfen, wie in diesem Bereich neue Modelle Anwendung finden können. Beim Land fest angestellte und speziell qualifizierte Schulpsychologen sollen durch niedergelassene Psychologen und Therapeuten unterstützt und wie diese in die erfolgreiche Arbeit von Schulstationen einbezogen werden. Schulstationen und Schulpsychologen stehen Eltern in Problem- und Konfliktsituationen beratend zur Seite, um ihnen bei der Erziehung ihrer Kinder behilflich zu sein.

**Stärkung des
schulpsychologischen
Dienstes**

Erziehung durch Leistung

Kinder wollen und müssen gefordert und gefördert werden. Eine umfassende Allgemeinbildung ist die Voraussetzung für ein **selbst bestimmtes, lebenslanges Lernen**.

**Förderung und Forderung
aller Schüler**

Für die Absicherung der Vermittlung dieser Allgemeinbildung sind die Grundschulen, die Sekundarschulen und die Gymnasien zuständig.

**Lebenslanges Lernen
erfordert solide
Wissensgrundlagen**

Jede Form der Spezialisierung kann erst nach dem Absolvieren einer grundständigen Ausbildung einsetzen. Die CDU wird prüfen, ob in der gymnasialen Oberstufe ein verbindlicher Fächerkanon und verbindliche Lehrinhalte das Kurssystem ablösen.

**Lernen muss anstrengen
Anstrengung kann auch
Spaß machen**

Leistung bleibt das Kriterium für den Besuch bestimmter Schularten. Die Durchlässigkeit der Schularten untereinander wird durch das Leistungskriterium gewahrt. Jede Schulart für sich muss optimale Möglichkeiten zur Förderung und Forderung von Schülern erhalten.

**Förderung und Forderung
von Schülern**

Die Leistungsfähigkeit der Schulen wird durch ständige Leistungsüberprüfungen in Form zentraler Abschlussprüfungen sichergestellt.

- *eine schulartbezogene materiell – technische Ausstattung der Schulen*
- Spezielle Stundentafeln für die jeweilige Schulart
- auf Förderung und Forderung ausgerichtete Klassengrößen
- schulartbezogene Lehrpläne und Lehrmethoden
- ein guter baulicher Zustand der Schule

Die Lehreraus-, fort- und weiterbildung wird sich künftig verstärkt mit differenzierenden Lern- und Lehrmethoden auseinandersetzen und sie in der Praxis zur Anwendung bringen. Bei der qualitativen und inhaltlichen Reform des Bildungssystems werden wir nationale und internationale Bildungsstudien berücksichtigen. Die Reformen werden gleichermaßen den so genannten lernschwachen Schülern wie den begabten und hoch begabten Schülern zugute kommen, ohne dass dabei die Förderung und Forderung des Großteils der Schüler vernachlässigt wird. Künftig gilt es, die Stärken aller Schüler herauszufordern und den Schwächen durch gezielte Förderung zu begegnen.

Förderung von Begabten und Hochbegabten

Jede Gesellschaft benötigt Leistungseliten. Diese Eliten wollen wir frühzeitig fördern. Die Förderung begabter Kinder beginnt mit der Erkennung von Begabungen. Die CDU wird unverzüglich damit beginnen, in Mecklenburg-Vorpommern ein System der Begabten- und Hochbegabtenförderung zu institutionalisieren. Dieses System wird geprägt sein durch:

**Die CDU bekennt sich zur
Förderung von
Leistungseliten!**

- die Entwicklung eines „**Früherkennungssystems**“ zwischen der Gesellschaft für Hochbegabtenförderung, den Universitäten, den Schulämtern/Schulpsychologen und den Kindertagesstätten;
- die frühzeitige staatliche Unterstützung betroffener Eltern bei der Schulwahl und Unterbringung der Kinder;
- die Entwicklung der Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern, um eine den Förderplänen entsprechende Beschulung und Förderung der Kinder in jedem Fall sicherzustellen;
- die Förderung des Sozialverhaltens durch soziale Integration - bei aller Förderung muss gewährleistet werden, dass diese Kinder so „normal“ wie möglich aufwachsen.

Fächerübergreifende Wertevermittlung

Die Wertevermittlung an Kinder und Jugendliche ist nicht nur Aufgabe der Eltern. Werte wie Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit verbinden unsere Gesellschaft. Diese Werte prägen unseren Alltag und werden von den meisten Menschen unbewusst gelebt. Sie werden vor allem in der Familie vermittelt. Dennoch soll die Schule ergänzend bestimmte Werte im Alltag vermitteln und vorleben. Diese Aufgabe kann jedoch nicht nur den Sozialkunde- und Religionslehrern überlassen werden, sie muss von allen Lehrern gleichermaßen vorgelebt werden. Daher wollen wir, dass die fächerübergreifenden Aspekte der Wertevermittlung Eingang in die Lehreraus-, fort- und Weiterbildung finden.

Werte müssen aber auch geschützt und ein Verstoß dagegen muss geahndet werden. Den Katalog der Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen im Schulgesetz werden wir so überarbeiten, dass Lehrer bei Regelverstößen mehr Handlungsmöglichkeiten erhalten.

Die CDU wird zudem ein Programm gegen Schulschwänzer für Mecklenburg-Vorpommern entwickeln. Dem zunehmenden Problem des Fernbleibens von Schülern vom Unterricht werden wir auch im Interesse der Schüler konsequent begegnen.

Förderung von Schulen in freier Trägerschaft

Nur 2 % der Schüler in Mecklenburg-Vorpommern besuchen freie Schulen. Im Bundesdurchschnitt beträgt der Anteil 6 %. Unser Land hat in diesem Bereich einen erheblichen Nachholbedarf. Langfristig kosten freie Schulen den Staat

Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind christliche Werte, die unsere Gesellschaft prägen.

Freiheit heißt auch immer Verantwortung.

Solidarität ist nicht delegierbar und erfordert verantwortliches Handeln jedes Einzelnen.

Gelebte Solidarität stärkt den Zusammenhalt der Gesellschaft und macht wahrhaftige **Gerechtigkeit** möglich.

nicht nur weniger Geld, sie bringen auch viele pädagogische Innovationen in den schulischen Alltag, auch in die staatlichen Schulen. Die CDU wird Neugründungen von freien Schulen aktiv unterstützen. Dazu werden wir die Wartefrist wieder abschaffen, um so ein positives Gründungsklima für freie Schulen zu schaffen.

Schule und Wirtschaft

Fächerübergreifend wollen wir die Lehrer motivieren, die Schüler näher an die Wirtschaft heranzubringen. In der Schule wollen wir ein positives Unternehmerbild vermitteln. Innerhalb von Schulprojekten werden wir die Schulen und die Wirtschaft einander näher bringen.

Berufliche Schulen – Sicherung des Fachkräftenachwuchses für die Wirtschaft des Landes

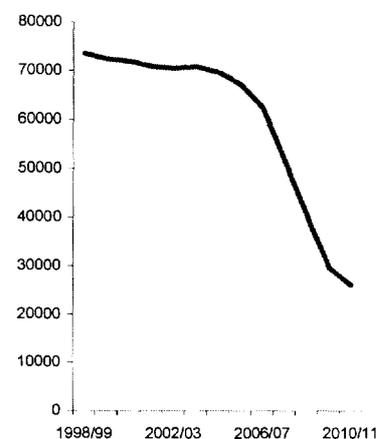
Die Zahl der Berufsschüler wird bis 2010 auf ein Drittel der jetzigen Schülerzahl zurückgehen. Das hat Auswirkungen auf die Struktur der Berufsschulen. Die CDU wird die Planungen zur Struktur der Berufsschulen im Land zusammen mit den Schulträgern zum Abschluss bringen. Dabei werden wir prüfen, inwieweit Berufsschulstandorte für die Durchführung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, wie der Qualifizierung, geeignet sind und durch staatliche wie freie Bildungsträger genutzt werden können.

Gleichzeitig wird die Berufsfeld- und Berufsstruktur der Berufsschulen einer eingehenden Prüfung unterzogen. Dabei muss die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Berücksichtigung finden. Wir werden vermeiden, dass in Berufen, die strukturell eine abnehmende Bedeutung für die Wirtschaft des Landes haben, überproportional ausgebildet wird. Es gilt, neue Berufsfelder zu entwickeln und damit den wirtschaftlichen Strukturwandel Mecklenburg-Vorpommerns zu unterstützen.

Berufe für den Dienstleistungsbereich, den Tourismus, Fachkräfteausbildung für die Informations- und Kommunikations-Technologien, aber auch ein stärkeres Engagement für die Ausbildung des landwirtschaftlichen Nachwuchses (einschließlich des weiterverarbeitenden Gewerbes landwirtschaftlicher Erzeugnisse) bieten den Jugendlichen Perspektiven für ihre Zukunft im Land.

Die CDU wird die Unternehmen des Landes bei der Bewältigung dieser Aufgaben stärker in die Verantwortung nehmen. Die betriebliche Ausbildung muss ausgebaut werden.

Berufsschüler in MV - Prognose
Quelle: Bildungsministerium
Mecklenburg-Vorpommern
Landtagsdrucksache 3/1441



Außerbetriebliche Ausbildung soll die Ausnahme bleiben. Dieser Ausbildungsbereich ist aber derzeit notwendig, um auch künftig jedem Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zur Verfügung stellen zu können. Die außerbetriebliche Ausbildung wird zunehmend am Bedarf der regionalen Wirtschaftsstruktur ausgerichtet.

***SICHERHEIT UND RECHT
in Mecklenburg-Vorpommern***

Die CDU ist die Partei der Inneren Sicherheit.

Die CDU will eine Umkehr in der Sicherheitspolitik für die Menschen. Die Gewährleistung der Sicherheit der Mecklenburger, Vorpommern und aller Gäste wird die CDU auch durch eine Verbesserung der Effektivität und Präsenz der Polizei erreichen.

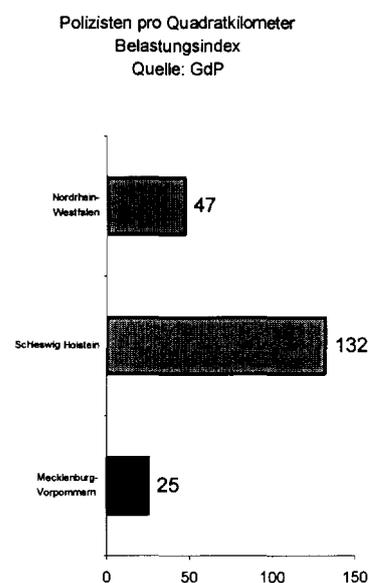
Trotz großer Worte und Ankündigungen hat die Landesregierung nichts für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen unserer Landespolizei getan. Im Gegenteil: Der Bereich der Inneren Sicherheit wird von der konzeptlosen Sparwut der Finanzministerin nicht ausgenommen. Die Sicherheit in Mecklenburg-Vorpommern, die Ausstattung und Personalstärke der Polizei darf eben nicht ausschließlich durch das Finanzministerium diktiert werden.

Die CDU ist der Partner der Polizei in Mecklenburg-Vorpommern

Aus den ländlichen Gegenden unseres Landes werden Polizisten abgezogen. Damit ist die Präsenz der Polizei in der Fläche nicht mehr gewährleistet. Die Folge: Nicht nur ein Minus an Polizisten im Dienst, sondern vor allem ein Minus an Sicherheit. Wir werden nicht zulassen, dass sich durch Abzug der Polizei aus der Fläche rechtsfreie Räume bilden.

An den Schutzbedürfnissen der Bürger ausgerichtete Polizeiarbeit muss wieder in den Vordergrund treten:

- Aufstockung der Personalbesetzung, insbesondere in der Fläche;
- die Entlastung der Polizei von vollzugsfremden Aufgaben wird endlich umgesetzt;
- Erarbeitung einer zukunftsorientierten Personalentwicklungskonzeption;
- Einrichtung eines kontinuierlichen Beförderungskorridors und dessen verlässliche



Umsetzung; Verbesserung der Beförderungschancen vor allem im mittleren Dienst

- Ausstattung der Polizeidienststellen mit moderner Informations- und Kommunikationstechnik, Ausbau des LAPIS-Netzes
- Erforderliche Ausrüstungsgegenstände vorhalten: Schutzwesten für den Einzelnen sind kein Gnadentat einer Landesregierung, sondern Selbstverständlichkeit
- Vernetzung und Datenaustausch zwischen Strafverfolgungsbehörden
- Korrektur der Organisationsstruktur zur Vermeidung von rechts- und polizeifreien Räumen

Wir werden die Polizei in die Lage versetzen, ihre Effizienz und Präsenz zu verbessern und ihre eigentlichen Aufgaben optimal wahrzunehmen.

So verbessern wir die Sicherheit für alle Bürger.

Ein zeitgemäßes Sicherheits- und Ordnungsgesetz für Mecklenburg-Vorpommern

Die Gewährleistung der Sicherheit unserer Menschen bedarf eines eindeutigen Rechtsrahmens. Schwerpunkte für die Änderung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (SOG) werden sein:

- Einführung verbesserter Regelungen zur Rasterfahndung, d.h., ein flächendeckender Datenabgleich ist auch dann möglich, wenn dies zur Abwehr einer Straftat von erheblicher Bedeutung erforderlich ist;
- Verfassungskonforme Regelungen zur Schleierfahndung, d.h., eine verdachts- und ereignisunabhängige Fahrzeug- und Personenkontrolle zur Ermittlung von Straftätern aus dem Bereich der organisierten Kriminalität, des Drogen- und des Menschenhandels in Zusammenarbeit mit BGS und Zoll;
- Schaffung von gesetzlichen Grundlagen für Videoüberwachungen an Kriminalitätsschwerpunkten.

Extremismus- und Terrorismusbekämpfung

Die Ereignisse des 11. Septembers 2001 in den USA haben gezeigt, dass internationale Terroristen für die Vorbereitung ihrer Aktivitäten Regionen bevorzugen, in denen es Defizite bei der Inneren Sicherheit gibt. So wurde Mecklenburg-Vorpommern als Vorbereitungs- und Ruheraum für die

Attentäter genutzt. Die CDU wird den Staats- und Verfassungsschutz des Landes qualitativ stärken, um Extremisten und Terroristen wirksamer zu bekämpfen.

Schutz vor Gewalt- und Sexualstraftätern

Wir werden die Bevölkerung vor Sexualstraftätern und anderen besonders gefährlichen Straftätern besser schützen. Wir werden den Schwächen des heutigen Systems durch besondere Maßnahmen begegnen, wie z.B.:

- Erweiterte Anwendung der Sicherheitsverwahrung von Gewalt- und Sexualstraftätern
- Erweiterung der Nutzung der DNA-Analyse zur Verbesserung ihrer präventiven Wirkung,
- Verschärfung der Voraussetzungen der Freigängerpraxis und der vorzeitigen Haftentlassung

Für die CDU in Mecklenburg-Vorpommern geht Opferschutz vor Täterschutz.

Schnellere Gerichtsverfahren

Die **Gerichte** in Mecklenburg-Vorpommern sind personell unzureichend ausgestattet. Es fehlen Richter, Staatsanwälte und der entsprechende Folgedienst. Wir werden umgehend zusätzliche Stellen für Richter, Staatsanwälte und den Folgedienst schaffen. Die personelle Ausstattung der Gerichte muss sicherstellen, dass bei Strafverfahren die jeweiligen Prozesse in zeitlicher Nähe zum Ermittlungsabschluss durchgeführt werden können. Besonders in Strafverfahren ist es für den Rechtsstaat psychologisch wichtig, dass die Gerichtsverhandlung und das Urteil in unmittelbarer zeitlicher Beziehung zur Tat stehen.

Die unzureichende Ausstattung der Gerichte mit **Gerichtsvollziehern** führt dazu, dass die Durchsetzung erstrittener Zahlungsurteile blockiert wird. Das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat wird grundlegend erschüttert, wenn ein Titel aufgrund Personalmangels nicht in annehmbarer Zeit durchgesetzt werden kann. Nicht selten ist damit auch der wirtschaftliche Ruin der Betroffenen verbunden. Die Stärkung der Zahlungsmoral kann nur dadurch erreicht werden, dass der Schuldner nicht auf lange Verfahrenszeiten vertrauen kann.

Kinder- und Jugendkriminalität

Die **Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität** bleibt ein Schwerpunkt rechtspolitischen Engagements der CDU. Dabei geht es nicht nur um die Bestrafung jugendlicher

Partnerschaft für eine sichere Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern:

Die CDU will mit allen, die sich an der Inneren Sicherheit und Ordnung aktiv beteiligen - ob beruflich oder freiwillig - wie zum Beispiel der Polizei, der Justiz, den Freiwilligen und Berufsfeuerwehren, dem THW, den Ordnungsämtern, den Präventionsräten, den Verbänden und Vereinen, den Unternehmen sowie Schulen und Kirchen gemeinsam einen Vertrag für eine sichere Zukunft

Täter, sondern auch um die **Prävention**, um die Verhinderung von Kinder- und Jugendstraftaten. Gewaltfreie Wege zur Konfliktlösung sind so früh wie möglich im Elternhaus, im Kindergarten und in der Schule zu vermitteln. Die Einbindung von Kindern und Jugendlichen in Kirchengruppen, in Sportvereinen, in Interessengemeinschaften u.a. trägt viel dazu bei, die Kinder und Jugendlichen zu einem toleranten Miteinander zu erziehen. Daher muss die Jugendarbeit der Vereine gestärkt werden. Wer einer sinnvollen Freizeitgestaltung nachgeht, ist grundsätzlich weniger anfällig für Kriminalität. Auch eine erfolgreiche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik schafft Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten, die Jugendliche vor Frust und kriminellen Einflüssen bewahren können.

In der **repressiven** Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität wird die CDU die Konzepte zur geschlossenen Unterbringung von Kindern und Jugendlichen weiterentwickeln und in Mecklenburg-Vorpommern verstärkt zur Anwendung bringen. Kinder und Jugendliche, die sich einer freiwilligen pädagogisch-therapeutischen Behandlung entziehen, werden in geschlossenen Einrichtungen pädagogisch und therapeutisch betreut und in ihrer Entwicklung gefördert.

Die CDU wird in Mecklenburg-Vorpommern die Einführung eines „Warnschuss-Arrestes“ durchsetzen. Jugendliche werden dann neben einer zur Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafe zu einem Jugendarrest von bis zu vier Wochen Dauer verurteilt werden können. Die Bewährungsstrafe allein macht den Jugendlichen den Ernst ihrer Situation und die Notwendigkeit einer Verhaltensänderung oft nicht ausreichend bewusst, sie wird häufig als „Freispruch 2. Klasse“ wahrgenommen. Der Arrest ermöglicht zugleich eine nachdrückliche erzieherische Einflussnahme auf den Jugendlichen. Mit einem breit gefächerten Maßnahmenbündel muss besonders der sich verstärkenden Drogenkriminalität unter Jugendlichen entgegengewirkt werden.

Ohne Familie kein Land

Für die CDU ist die Familie die Keimzelle der Gesellschaft. Wir werden jungen Familien in Mecklenburg-Vorpommern eine Heimat geben. Die Schaffung einer modernen Wirtschaftsstruktur garantiert den Familien über sichere und attraktive Arbeitsplätze soziale Sicherheit.

Mecklenburg-Vorpommern kann einen sehr hohen Standard an Kinderbetreuungsplätzen vorweisen. Dies betrifft vor allem die Zahl bedarfsgerecht zur Verfügung gestellter Krippenplätze. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ist umfassend gewährleistet. Das wird auch so bleiben. Gerade über ausreichend vorhandene und bezahlbare Betreuungsangebote ist es jungen Eltern möglich, Beruf und Familie optimal miteinander zu verbinden. Betreuungsangebote können und sollen die Erziehung der Kinder durch die Eltern unterstützen. Diese Unterstützungsfunktion können die Einrichtungen aber nur ausfüllen, wenn sie vom Gesetzgeber einen klaren Bildungs- und Erziehungsauftrag zugesprochen bekommen und durch eine ausreichende Finanzierung auch die entsprechenden personellen Ressourcen vorhalten können.

Die CDU wird das Verfahren zur Ermittlung der durchschnittlichen Betriebskosten auf eine solide planungssichere Grundlage stellen und dabei die wachsenden Aufgaben der Kinderbetreuung berücksichtigen. Die Elternbeiträge werden wir bei maximal 30 % der durchschnittlichen Betriebskosten halten.

Einkommensabhängige Elternbeiträge lehnt die CDU ab, da der Kinderwunsch nicht zur Gleichschaltung der Einkommen führen darf. Eine solche Maßnahme würde einmal mehr die jungen und gut qualifizierten Menschen aus dem Land treiben.

Ein stärkeres freiwilliges Engagement einkommensstarker Eltern in den jeweiligen Einrichtungen selber trägt auch zur Steigerung der Attraktivität und Qualität der Kinderbetreuung bei. Dazu wollen wir die Eltern motivieren.

Besonders im ländlichen Raum wird die CDU die Voraussetzungen schaffen, um entsprechend der demografischen Entwicklung über einen Ausbau der Tagespflege ein wohnortnahes Kinderbetreuungsangebot für Eltern sicherzustellen.

Familienbegegnungsstätten und die vielfältigen Beratungsangebote geben Familien in Konfliktsituation Hilfe zur Selbsthilfe. Die Tätigkeiten dieser Einrichtungen

unterstützen wir. Die Zusammenarbeit mit den örtlichen Trägern der Jugendhilfe wird ausgebaut, um den Eltern und Kindern zu helfen und eine anderweitige kostenintensive Unterbringung von Kindern zu vermeiden.

Wir wollen den Kirchen helfen, mehr als bisher auf Jugendliche und Familien zuzugehen. Sie sollen den Bedürfnissen nach Bindungen, Nähe, nach Gemeinschaft und Hilfe in vornehmlich konsumorientierten Zeiten und zunehmend individualisierten Gesellschaften nachgehen und Angebote unterbreiten.

Die CDU wird junge Familien bei der Bildung von Wohneigentum unterstützen. Die Eigenheimförderung werden wir wieder neu beleben und damit vor allem den Familien in Schwellenhaushalten und Haushalten mit niedrigem Einkommen die Möglichkeit geben, ein eigenes Heim zu bauen.

Wir fordern die Tarifpartner auf, familienfreundliche Arbeitszeitmodelle für Väter und Mütter zu entwickeln und zur Anwendung zu bringen. Der öffentliche Dienst und die Unternehmen des Landes wie auch die Gewerkschaften stehen in der Pflicht, ihren Beitrag für ein familienfreundliches Land zu leisten.

STARKE GEMEINDEN - RÜCKGRAT DES LANDES

Die CDU setzt auf eine faire Partnerschaft zwischen dem Land und seinen Gemeinden, Kreisen und Städten.

Die Finanzsituation der Kommunen des Landes ist angespannt. Häufig reichen die Mittel der Kommunen nur aus, um die Pflichtaufgaben zu erfüllen. Steigende Ausgaben bei der Sozialhilfe verstärken den Kostendruck auf die Kommunen zusätzlich. Die so genannten freiwilligen Aufgaben leiden darunter. Das hat auch Auswirkungen auf die Lebensqualität der Bürger. Viele sinnvolle Projekte der Gemeinden sind zunehmend gefährdet.

In der Kommunalpolitik setzt die CDU daher folgende Schwerpunkte:

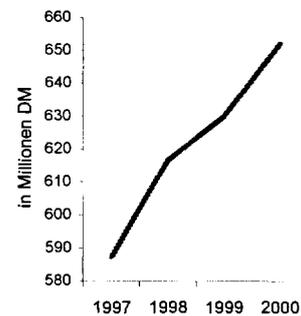
- 1. Auf Bundesebene: Gemeindefinanzreform**
- 2. Auf Landesebene: Verwaltungsstrukturereform.**

Eine Verbesserung der Finanzausstattung der Gemeinden, Kreise und Städte setzt ein faires Verhältnis zwischen Land und Kommunen voraus, welches auch die zu erfüllenden Aufgaben und nicht nur die Haushaltslage des Landes berücksichtigt. Eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs wird zum Ziel haben, die Investitionsfähigkeit der Kommunen über eine deutliche Anhebung der Infrastrukturpauschale zu stärken und bei den Vorwegabzügen eine aufgabengerechte und angemessene Verteilung zu erreichen, die auch wünschenswerte Kooperationen umfasst. Zur Verbesserung der Investitionskraft der Kommunen ist eine Bündelung der kommunalen Förderprogramme zu prüfen und der Eigenanteil der Kommunen so weit wie möglich abzusenken.

Zukunftsfähige Verwaltungsstrukturen für Gemeinden, zukunftsfähige Beziehungen zwischen Stadt und Umland sowie Vorschläge zu einer Funktionalreform werden durch die Empfehlungen der Enquetekommission des Landtages bestimmt. Die CDU sichert eine konsequente Umsetzung der von der Enquetekommission unterstützten Empfehlungen auch nach der Beendigung ihrer Arbeit zu. Die Schwerpunkte des CDU-Konzeptes zur Gemeindeverwaltungsstrukturereform sind:

1. Garantie der Freiwilligkeit bei Gemeindezusammenschlüssen;
2. Optimierung der Amtsverwaltungen;
3. Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung durch die Verlagerung von Aufgaben des Landes auf die Kommunen in Verbindung mit den dafür erforderlichen Finanzen.

Entwicklung der Kosten für die Sozialhilfe in Mecklenburg-Vorpommern
Quelle: Statistisches Landesamt



Nachhaltige Entwicklung und Umweltschutz im Einklang mit der Wirtschaftspolitik und dem Tourismus

Der Interessenausgleich zwischen Ökologie und Ökonomie ist geprägt von einem sorgsamem Umgang mit der Schöpfung. Wirtschaftswachstum, soziale Sicherheit und stabile Arbeitsplätze sind auf Dauer nur dort gesichert, wo die natürlichen Lebensgrundlagen gegeben sind.

Bei der Anwendung des Prinzips der nachhaltigen Entwicklung für den erforderlichen Aufbau einer industriellen Basis und einer erfolgreichen, wettbewerbsfähigen Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei in Mecklenburg-Vorpommern werden die sozialen und ökonomischen Komponenten angemessen berücksichtigt.

Die Mitwirkung von Verbänden und Bürgerinitiativen bei Genehmigungsverfahren darf nicht dazu führen, dass Laienorganisationen und durch sie beauftragte Juristen über Ansiedlungsvorhaben bzw. über deren Verhinderung befinden. Hier gilt es, die rechtlichen Bestimmungen so zu formulieren, dass ein Missbrauch der Nichtverletzenklage (Verbandsklagerecht) ausgeschlossen ist.

Die CDU Mecklenburg-Vorpommerns setzt sich für eine nachhaltige Energiepolitik ein, die nicht nur der Verantwortung für das Hier und Heute gerecht wird, sondern auch die Lebensumstände unserer Kinder und Enkelkinder berücksichtigt.

Aus diesem Grunde werden wir uns für eine Verbesserung der Förderbedingungen für erneuerbare Energien einsetzen. Gleichzeitig wird die CDU alle Formen des Energiesparens, der rationellen Energieanwendung und -umwandlung mit hohem Wirkungsgrad unterstützen.

Im Bereich der Abwasser- und Abfallentsorgung stehen sich öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Unternehmen gegenüber. Beide Unternehmensformen haben nach Auffassung der CDU ihre Daseinsberechtigung, um die Grundversorgung mit Trink- und Brauchwasser zu sichern. Es ist an der Zeit, die freie Wahl der Organisationsform flexibler zu nutzen und die Möglichkeit einer Übertragung der Aufgaben an private Dritte stärker in Anspruch zu nehmen. Angesichts leerer öffentlicher Kassen und der Notwendigkeit, Kanalnetze zu sanieren, bietet sich hier die Gelegenheit, durch die Übertragung von Aufgaben an private Dritte Kommunen



und Bürger finanziell zu entlasten sowie die Struktur und die Organisation der Abwasser- und Abfallentsorgung durch diese Erweiterung der Gestaltungsoption zu optimieren.

Die CDU wird keine weiteren Großschutzgebiete ausweisen. Vielmehr werden wir die Kräfte zur Durchsetzung der Ziele in den vorhandenen Schutzzräumen konzentrieren. Die Fülle von Verordnungen, Richtlinien und Reglementierungen im Bereich des Naturschutzes gefährden oft die Bemühungen hinsichtlich der Schaffung einer touristischen und industriellen Infrastruktur schon im Vorfeld. Eine Überfrachtung mit Verordnungen und Richtlinien sollte künftig auch im Interesse eines effizienten Naturschutzes vermieden werden.

Naturschutz ist in erster Linie konkrete Entscheidungsarbeit vor Ort und muss die Erfahrungen der dort lebenden und arbeitenden Menschen einbeziehen.

MODERNE BETRIEBE UND WIRTSCHAFTLICHE STRUKTUREN IN DER LANDWIRTSCHAFT

Mecklenburg-Vorpommern ist durch ländliche Räume, Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei geprägt. Gemeinsam mit der modernen Ernährungswirtschaft, den vor- und nachgelagerten Bereichen sind das die wichtigsten Wirtschaftszweige unseres Landes.

Eine bodenständig gewachsene **Landwirtschaft** wird auch weiter durch verschiedene Rechts- und Unternehmensformen bei breitgestreutem Eigentum gekennzeichnet sein. Die CDU in Mecklenburg-Vorpommern ist für eine landwirtschaftliche Vielfalt, in der sowohl die konventionelle als auch die ökologisch orientierte Landwirtschaft ihren Platz haben. Diese Struktur soll nicht durch Ideologien beeinflusst werden. Der Landwirt entscheidet auf der Grundlage gültiger Gesetze, der guten fachlichen Praxis, ökonomischer und ökologischer Prämissen und der Marktlage über Produktionsprofil und Produktionsumfang.

Verbraucherschutz darf nicht zur Worthülse werden und mit Schlagworten wie „Gläserne Produktion“ gefüllt werden. Verbraucherschutz muss höchste Priorität haben und betrifft alle Bereiche menschlichen Zusammenlebens.

Auf der Ernährungsseite sind die Landwirte sowie die vor- und nachgelagerten Bereiche gefordert. Dabei ist die hohe Verantwortung jeder einzelnen Produktionsstufe herauszustellen. Zur besseren Überwachung des Verbraucherschutzes wird eine spezielle Kontrollgruppe mit Experten der einzelnen Bereiche aufgestellt, die landesweit die Produktion überwacht und kontrolliert. Regionalität, Selbstvermarktung, Essen und Trinken in Verbindung mit Landtourismus gilt es auszubauen.

Die CDU tritt für eine strukturelle Konsolidierungsphase der **Forstwirtschaft** in Mecklenburg-Vorpommern ein, um einen gesunden und artenreichen Wald zu erhalten, der neben den natürlichen und wirtschaftlichen Aspekten auch das Bedürfnis nach Erholung gewährleistet. Wir werden das Einheitsforstamt erhalten und dessen Kompetenzen stärken. Unser Ziel ist eine naturnahe Waldwirtschaft und ein standortgerechter Mischwald, auch vor dem Hintergrund wirtschaftlich geforderter Holzsortimente. Dazu kann auch das notwendige Aufforstungsprogramm auf geeigneten Standorten dienen.

Die **Fischerei**, sowohl die Binnen-, als auch die Kutter- und Küstenfischerei sind traditionelle und für das Land prägende Wirtschaftszweige, die es zu erhalten und zu fördern gilt. Die Fischer leiden immer noch unter erheblichen Einkommenseinbußen durch Komoranschäden. Wir treten für Reduzierungen des Komoranbestandes ein. Innerhalb Deutschlands werden wir uns für eine gleichberechtigte Fangquotenvergabe und einen Abbau übermäßiger bürokratischer Reglementierungen einsetzen.

Die **Jagd, die Angelei und das Kleingartenwesen** sind ökologisch wertvolle Formen der Naturnutzung. Sowohl Angler als auch Jäger leisten Beispielhaftes zur Pflege und zum Schutz der natürlichen Umwelt. Die Jagdsteuer schaffen wir als ungerechtfertigte und diskriminierende Form der Aufwandsbesteuerung in Mecklenburg-Vorpommern ab.

VOM WEICHEN ZUM HARTEN STANDORTFAKTOR - DIE KULTUR

Die Kultur prägt das Lebensumfeld der Menschen in einem erheblichen Maße. Mit der Kultur verbindet sich die Darstellung des Heimatgefühls mit den sinnlichen Bedürfnissen der Menschen im Land. Diese sinnlichen Bedürfnisse sind unterschiedlich ausgeprägt. Dieser unterschiedlichen Ausprägung muss eine Kulturlandschaft Rechnung tragen.

Kultur wird auch weiterhin im Wesentlichen aus Mitteln des Landes finanziert werden. Sponsoring kann sich in Mecklenburg-Vorpommern nur in dem Maße entwickeln, wie sich die allgemeine Wirtschaftsentwicklung verbessern lässt. Die Kultur braucht Anreize, Mittel, die sich durch eigenes Engagement vermehren lassen. Den Künstlern muss daran gelegen sein, sich aus der Abhängigkeit staatlicher Fördergelder zu befreien.

Die Kulturpolitik der CDU wird künftig vor allem da Fördermittel des Landes einsetzen, wo das Engagement der Geförderten zum einen eine außergewöhnliche Resonanz bei den Menschen im Land findet, zum anderen aber die Potenziale vorhanden sind, nach einem begrenzten Zeitraum staatliche Fördermittel überflüssig zu machen. Die CDU wird mit Hilfe von Experten der Kulturwirtschaft ein Bewertungssystem für die Vergabe von Kulturfördermitteln entwickeln.

Zugleich bekennt sich die CDU zur institutionellen Förderung der Musikschulen im Land, die Traditionen bewahren und einen erheblichen Beitrag zur kulturellen Bildung der Kinder und Jugendlichen und darüber hinaus im Land leisten.

Die CDU wird die Fördermittel für die **Theater** des Landes in Höhe von 35,79 Millionen Euro wieder aus dem Kommunalen Finanzausgleich herausnehmen. Das sind sowohl die Mittel, die über die Kulturförderung 1997 in den Kommunalen Finanzausgleich eingeflossen sind, als auch die Mittel, die direkt aus dem Kommunalen Finanzausgleich an die theatertragenden Kommunen ausgereicht wurden. Zusammen mit diesen Kommunen und den kommunalen Spitzenverbänden wird die CDU-Landesregierung die vorliegenden Theaterkonzepte hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit aktualisieren, um so den Trägern der Theater Planungssicherheit und den Theatern die Grundlage für regional und überregional attraktive Spielpläne zu bieten. Die

Theaterfördermittel werden dynamisiert. Die Dynamisierung der Fördermittel wird an die Umsetzung der Theaterkonzepte geknüpft.

Die CDU wird die Budgetierung der Haushalte des **Staatlichen Museums** fortsetzen. Eine echte Budgetierung und Flexibilisierung der Haushalte soll dazu führen, dass das Staatliche Museum mehr Spielräume für die Anschaffung neuer Ausstellungsstücke hat bzw. in die Lage versetzt wird, regional und überregional anziehende Ausstellungen in das Land zu holen. In Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Museum wird die Förderung von Talenten der bildenden Künste intensiviert.

SPORT IN MECKLENBURG- VORPOMMERN

Sozialpolitik und Landesmarketing

Der Sport in Mecklenburg-Vorpommern erfüllt zahlreiche Aufgaben. Er ist ein wichtiges Element der Sozialpolitik, trägt mit dem Breitensport in seiner Vielfalt viel zur sozialen Harmonie im Land bei. In vielen Orten des Landes sind die Sportvereine der zentrale soziale Mittelpunkt einer Gemeinde.

Die Förderung des Sports ist daher für die CDU eine Selbstverständlichkeit. Sport in Vereinen und darüber hinaus bindet viele Menschen in sozial stabile Gemeinschaften ein. Besonders Initiativen wie „Sport statt Gewalt“ oder „Schule und Verein“ haben den präventiven Charakter mit Massenwirkung unter Beweis gestellt. Solche erfolgreichen Konzepte wird die CDU engagiert weiter unterstützen.

Gleichzeitig hat Mecklenburg-Vorpommern aber auch eine beachtliche Tradition im Leistungssport. Mit den Sportgymnasien des Landes ist es uns gelungen, die Talenteschmieden aufrechtzuerhalten. Das reicht nicht. Diese Schulen müssen wieder zu ausgesprochenen Zentren des Leistungssports werden.

Dafür müssen die Rahmenbedingungen für diese Schulen verbessert werden. Im Rahmen einer neuen Initiative „Sportschulen“ wird die CDU ein Konzept zur Optimierung der Rahmenbedingungen für diese Schulen zur Umsetzung bringen. Bestandteile dieses Konzeptes sind unter anderem:

- Überführung der Schulen und Internate in Landsträgerschaft;
- Verpflichtung von Sportlehrern mit Trainerlizenz des Leistungssports;

**Wir unterstützen die
Olympiabewerbung von
Hamburg und die
Bemühungen, dass
Warnemünde
Austragungsort der
olympischen
Segelwettbewerbe wird.**

- Langfristige Bindung von Trainern an die Vereine;
- Optimierung der materiellen Ausstattung von Schulen und Vereinen;
- Optimierung der Abstimmung von Sport und Schule;
- Entwicklung eines Systems zur Talentfrühentdeckung und –förderung mit den Grundschulen des Landes;
- Aufbau eines Stipendiensystems für Spitzensportler des Landes.

Zusammen mit den Unternehmen des Landes wird die CDU in Regierungsverantwortung Talente des Leistungssports durch die Absicherung ihrer beruflichen Zukunft optimal fördern.

GESUND IN MECKLENBURG-VORPOMMERN

Mecklenburg-Vorpommern weist in der Gesundheitspolitik gegenüber anderen Bundesländern viele Besonderheiten auf. Die Morbidität (die Häufigkeit der Erkrankungen innerhalb einer Bevölkerungsgruppe) ist höher. Dadurch bedingt liegen die Arzneimittelkosten um ein Vielfaches über denen anderer Bundesländer.

In Mecklenburg-Vorpommern bleibt eine flächendeckende medizinische Grundversorgung auf hohem Niveau erhalten. Sie wird neben den Krankenhäusern vor allem durch die niedergelassenen, freiberuflich tätigen Ärzte und Zahnärzte sowie die ambulanten und stationären Pflegedienste gewährleistet.

Die Sicherung der medizinischen Grundversorgung auf einem hohen Niveau muss aber auch bezahlbar bleiben. Viele Initiativen zur Kostenbegrenzung und zur Budgetierung von Leistungen werden durch die Bundespolitik bestimmt.

Die CDU wird unmittelbar ab dem Herbst 2002 alle Beteiligten des Gesundheitswesens zusammenführen und über geeignete Maßnahmen beraten, wie der besonderen Situation Mecklenburg-Vorpommerns Rechnung getragen werden kann. In der Gesundheitspolitik spielt der Dialog der Kosten- und Leistungsträger eine entscheidende Rolle. Ohne Konsens zwischen beiden kann auch Mecklenburg-Vorpommern keine Gesundheitspolitik im Interesse der Patienten realisieren.

Die CDU in Mecklenburg-Vorpommern wird eine fachlich fundierte Analyse zur Entwicklung des Gesundheitswesens –

insbesondere im ambulanten Bereich – vorlegen. Daraus wird eine Konzeption zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung entwickelt. Dabei ist besonders wichtig, dass durch ausreichend junge Mediziner in Mecklenburg-Vorpommern der in den nächsten Jahren auf diesem Gebiet bevorstehende Generationswechsel problemlos bewältigt wird.

Finanzpolitik Konsolidierung mit Augenmaß

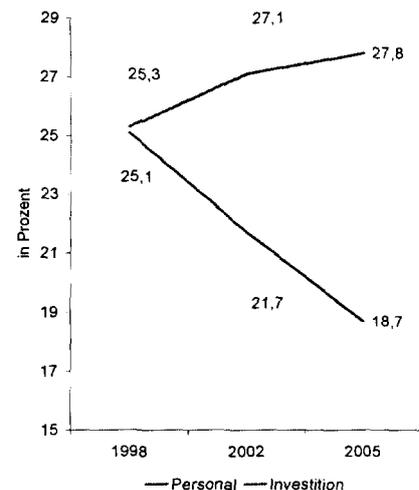
Die CDU sieht die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung. Eine Politik der Konsolidierung des Landeshaushaltes darf aber nicht die Zukunft des Landes gefährden. Aufgrund des weiterhin bestehenden Nachholbedarfes an Infrastrukturmaßnahmen darf die Sparpolitik nicht zu Lasten der Investitionen des Landes gehen. Diese Politik ist nicht frei von Problemen und Konflikten. Künftig wird es um eine intelligente Konsolidierungspolitik gehen, die der besonderen wirtschaftlichen Strukturschwäche Mecklenburg-Vorpommerns verstärkt Rechnung trägt. Die Neuverschuldung werden wir weiter konsequent herunterfahren. Gleichzeitig wird der Landeshaushalt durch klar erkennbare Prioritätensetzungen für das Land und die Kommunen Entwicklungsimpulse auslösen. Die Mutlosigkeit der aktuellen Finanzpolitik lässt sich vor allem am Haushalt ablesen. Diese Landesregierung hat es nicht vermocht, im Haushalt zukunftsgerichtete Schwerpunkte zu setzen. Der Landeshaushalt ist ein Spiegelbild vorher nicht gekannter Klientelpolitik.

Die Struktur des Landeshaushaltes hat sich seit 1998 zu einem Problem entwickelt. Sinkende Investitionsausgaben und steigende Personalausgaben prägen den Landeshaushalt. Mecklenburg-Vorpommern steht nach wie vor beim Wachstum des realen Bruttoinlandproduktes an letzter Stelle in Deutschland. Es ist in der Finanzpolitik des Landes nicht erkennbar, dass die Landesregierung ernsthaft daran gearbeitet hat, diesen Trend umzukehren.

Die derzeitige wirtschaftliche und demografische Situation des Landes veranlasst die CDU, eine an den Problemen des Landes orientierte Finanz- und Konsolidierungspolitik zu betreiben.

Folgende finanzpolitische Schwerpunkte werden die Haushaltspolitik der CDU in der kommenden

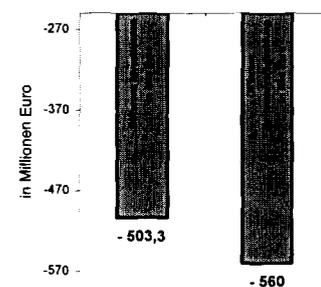
Anteile von Personalausgaben und Investitionen am Gesamthaushalt
Quelle: Mittelfristige Finanzplanung M-V



Legislaturperiode und darüber hinaus bestimmen:

- Schaffung von tragfähigen Strukturen **heute**, um den künftigen Herausforderungen durch den Länderfinanzausgleich und den Solidarpakt II gewachsen zu sein, um durch eigenes Steueraufkommen eine geringere Abhängigkeit vom Länderfinanzausgleich zu erreichen;
- Konzentration von zur Verfügung stehenden Mitteln auf die Erschließung und Ausschöpfung von Zukunftspotenzialen des Landes;
- Senkung der Personalkosten in Kernbereichen der Landesverwaltung durch eine Funktional- und Verwaltungsstrukturreform, die durch ein Personalentwicklungskonzept untersetzt ist;
- Verwendung und Konzentration der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel für Projekte im Rahmen der Infrastruktur-, Wirtschafts- und Technologieförderung;
- Zügige Erarbeitung eines Konzeptes zur Sicherung von beschäftigungswirksamen Investitionen nach dem Wegfall der EU-Strukturfondsmittel ab dem Jahr 2006;
- Vorziehen bereits geplanter Investitionen und Infrastrukturmaßnahmen;
- Stärkere regionale Schwerpunktbildung von Investitionen – Erzeugung von einkommens- und beschäftigungswirksamen Multiplikatoreffekten;
- Realisierung alternativer Finanzierungsmodelle für Landesbauten und Landesstraßenbau, um Vorhaben schneller und kostengünstiger zu verwirklichen;
- Bundesratsinitiativen zur Entflechtung von Mischprogrammen mit dem Ziel einer verstärkten pauschalen Zuweisung der Mittel, um den Gestaltungsspielraum des Landes zu erhöhen;
- Entflechtung der Mischprogramme zwischen Land und Gemeinden mit dem Ziel einer verstärkten pauschalen Zuweisung der Mittel, um den Gestaltungsspielraum der Kommunen zu erhöhen;
- Unterstützung von Initiativen zu einer umfassenden Gemeindefinanzreform mit dem Ziel einer dauerhaften und nachhaltigen Sicherung ihrer Finanzen – umfassende Durchsetzung des Konnexitätsprinzips;
- Überprüfung der Landesbeteiligungen im Hinblick auf ihr jeweiliges Kosten-Nutzen-Verhältnis. Eine Beteiligung darf nur an solchen Gesellschaften erfolgen, deren Tätigkeit nicht zu Lasten privater Dritter geht.

Abbau der Nettoneuverschuldung von 1998 bis 2005 nur durch Senkung der Investitionsausgaben
Quelle: Mittelfristige Finanzplanung



Die CDU legt mit diesem Wahlprogramm eine Alternative zur Politik der amtierenden Landesregierung vor. Wir benennen offen und ehrlich die Probleme des Landes, denn es hilft nicht, vor den Herausforderungen die Augen zu verschließen. Wir schlagen Lösungen vor, die in ihrer Gesamtheit die Zukunft des Landes sichern und vor allem nachfolgenden Generationen Chancen und Perspektiven eröffnen.

Ein neuer Wille fürs Land